



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

30. Jahrgang · Heft 1

Januar 1978

Grafik des Monats: Studenten

Aufsätze: Revision des Bruttoinlandsprodukts
Die Volkszählung 1981

Kurzberichte: Wohnungsstichprobe 1978

Aus den „Langen Reihen“

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

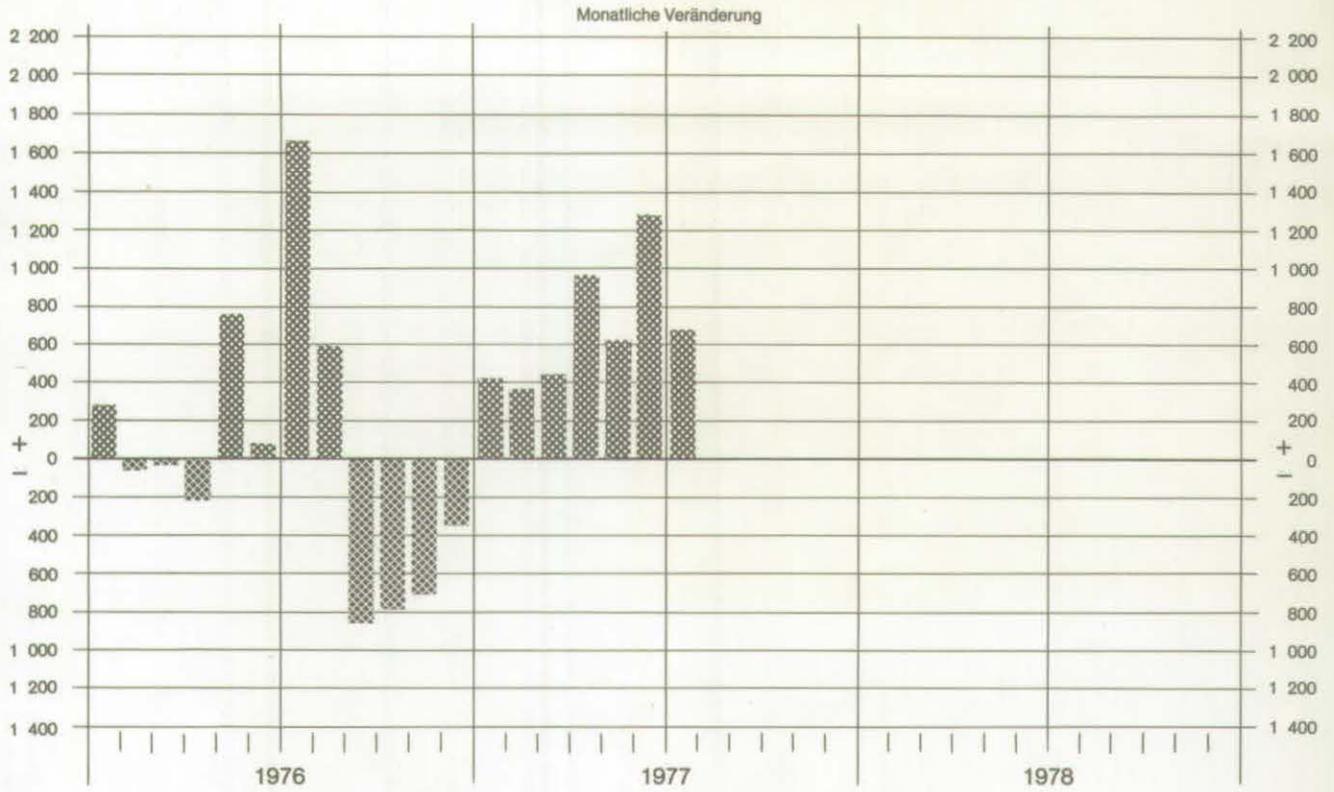
WERTSCHÖPFUNG DER WIRTSCHAFTSBEREICHE



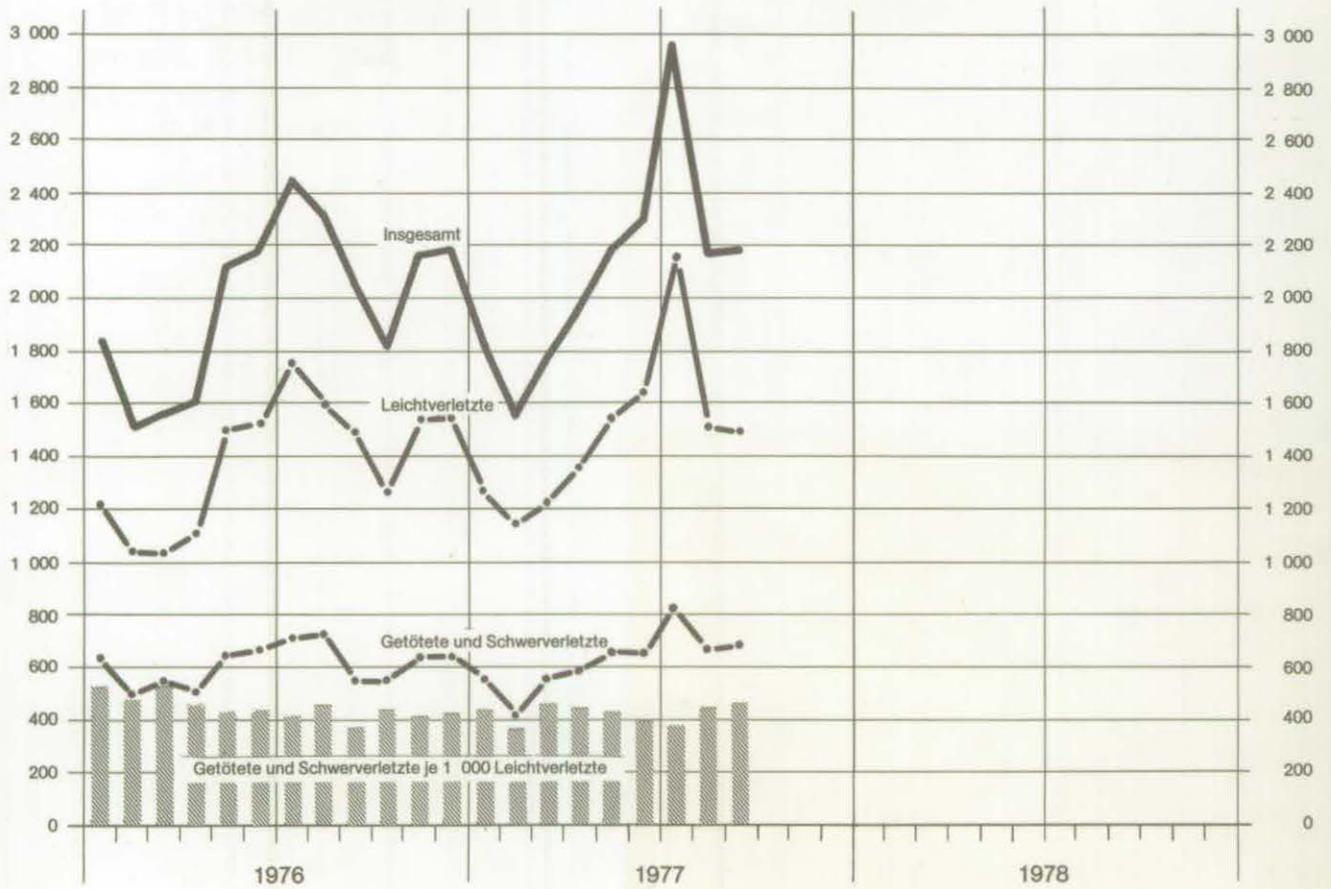
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 1/78

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aufsätze	
Methodische Änderungen in der Entstehungs- rechnung des Sozialprodukts	2
Das Konzept der Volks-, Berufs- und Arbeits- stättenzählung 1981	10
Kurzberichte	
Über die Wohnungsstichprobe 1978	20
Aus „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirt- schaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950 – 1975)“	
Eheschließungen und Ehescheidungen	21
Wohnungen	22
Unterhaltung und Information	24
Grafik des Monats	12
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1977

100 Seiten, Preis 2,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7/1977

Straßen
Handelsdünger
Zur Bauberichterstattung

Heft 8/1977

Die neue Beschäftigtenstatistik (Teil 2)
Fremdenverkehr

Heft 9/1977

Statistikreform im Produzierenden Gewerbe
Lohnsteuerpflichtige 1974

Heft 10/1977

Lehrernachwuchs
Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe
Bautätigkeit

Heft 11/12-1977

Entwicklungen im Marktfruchtbau
Verkehrsprognosen
Lehramtsanwärter
Einzelhandel



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang · Heft 1

Januar 1978

Aktuelle Auslese



Unverändert hohe Rinder- und Milchviehbestände

Nach den vorläufigen Ergebnissen der allgemeinen Viehzählung wurden am 2. Dezember 1977 in Schleswig-Holstein 33 500 Pferde und Ponys, 1,56 Mill. Rinder, 119 000 Schafe, 1,8 Mill. Schweine und 4,55 Mill. Legehennen und Masthühner gehalten. Gegenüber dem Vorjahr vergrößerten sich die Bestände an Schweinen (+ 6 %), Pferden (+ 4 %) und Geflügel (+ 2 %), während sich der Rinderbestand (+ 0,3 %) nur unwesentlich veränderte und die Zahl der Schafe (- 4 %) erstmals seit 1972 wieder abnahm. Neben dem Gesamtbestand an Rindern hat sich mit 515 000 Kühen auch der Milchviehbestand auf dem vorjährigen hohen Niveau gehalten. Bei den Schweinen wurden die Bestände an Sauen und Ferkeln (+ 7 %) überdurchschnittlich ausgeweitet. Die Pferdehaltung verzeichnete im wesentlichen bei den 3 bis 14 Jahre alten Tieren eine Zunahme.



Auch weiterhin weniger landwirtschaftliche Betriebe

Nach den vorläufigen Auswertungen der Bodennutzungserhebung vom Mai 1977 wurden in Schleswig-Holstein knapp 31 700 landwirtschaftliche Betriebe mit zwei oder mehr ha LF festgestellt, das sind wiederum 2 % weniger als im Mai des Vorjahres. Wie in den Vorjahren nahm die Zahl der Betriebe in allen Größenklassen zwischen 2 und 40 ha LF per Saldo ab, während sie über 40 ha LF erheblich anstieg. Bemerkenswert erscheint einerseits die starke Abnahme gegenüber 1976 in der Größenklasse 25 bis 30 ha LF (- 6 %) und andererseits die Zunahme der Zahl der Betriebe mit 100 und mehr ha LF (+ 5 %). Die Zahl der Betriebe zwischen 40 und 50 ha LF wuchs dagegen nur um 1 %. 1977 wurden in Schleswig-Holstein bereits 45 % der Fläche aller Betriebe ab 2 ha LF von Betrieben mit 50 und mehr ha LF bewirtschaftet. 1960 waren es nur 28 %, und 1970 erst 33 % gewesen.



Preisklima weiter freundlich

Von 1976 auf 1977 erhöhte sich der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 3,9 %. Eine Veränderung der Jahresindexzahlen um weniger als 4 % war zuletzt für 1970 gegenüber 1969 festgestellt worden. Auch 1978 wird sich der Verbraucher vermutlich nur auf eine ähnliche Preissteigerungsrate einstellen müssen, wenn man einmal von der 1978 wirksamen Mehrwertsteuererhöhung absieht, die - nach dem Willen des Gesetzgebers - in den Preisen weitergegeben werden soll. Der statistische Überhang aus dem Jahre 1977, der sich aus der Differenz zwischen den Indexständen zum Jahresende und dem Jahresdurchschnitt errechnet, beträgt nämlich nur 0,8 %. Selbst wenn die Preise 1978 über den Stand vom Dezember 1977 hinaus nicht weiter steigen würden, ergäbe sich also für 1978 bereits ein Anstieg von 0,8 % gegenüber 1977. Dieses „Preissteigerungserbe“ hatte in den letzten Jahren noch 1,2 %, 1,8 % und 2,4 % (1974) betragen.



Kaffee- und Kakaopreise in Bewegung

Nach dem Bruch des Preisbooms für Rohkaffee auf dem Weltmarkt zahlten die deutschen Importeure im September noch 18 % höhere Preise als vor Jahresfrist. Die Verbraucher akzeptierten im November nach einem Preisrückgang von knapp 9 % zum Vormonat noch 21 % höhere Preise als im November 1976. Eine entgegengesetzte Preisbewegung prägte den Kakaomarkt. Mit der beginnenden Vorweihnachtszeit setzten hier die Hersteller von Kakao und Kakaoprodukten die gestiegenen Einfuhrpreise (Rohkakao im September + 77 % gegenüber dem Vorjahr) auch auf den Verbrauchermärkten durch. Bei stark kakaohaltigen Produkten wurde ein relativ starker Preisanstieg gemessen (Kakaopulver + 24 %, Kakao-Schnellgetränk + 7 % jeweils zum Vormonat). Kakaopulver war damit um 60 % und das Kakao-Schnellgetränk um 15 % teurer als ein Jahr zuvor.

Methodische Änderungen in der Entstehungsrechnung des Sozialprodukts

Revision des Bruttoinlandsprodukts 1960 bis 1976

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und damit auch die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts nach der Entstehung müssen den jeweils aktuellen Anforderungen angepaßt werden. So ist es erforderlich, die Konzepte und Definitionen von Zeit zu Zeit zu überprüfen und auf die sich ausweitenden und zum Teil wandelnden Verwendungszwecke abzustimmen. Dazu gehört auch, alle anfallenden wichtigen neuen statistischen Informationen, insbesondere aus den jeweils neuesten umfassenden Erhebungen, in die Berechnungen einzuarbeiten. Mit der Revision 1977 wurden Ergebnisse vor allem der größeren einmaligen Erhebungen für die Berechnungen verwendet, die für die vorangegangene Revision 1970 noch nicht verfügbar waren und auch in der Zwischenzeit in den laufenden Berechnungen nicht berücksichtigt wurden, um die Vergleichbarkeit nicht zu stören. Erwähnt seien hier insbesondere die Ergebnisse des Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967, der Handels- und Gaststättenzählung 1968, der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970. Im Sektor Staat wirkt sich in einigen Bundesländern — vor allem in Schleswig-Holstein — die verbesserte Berechnung des Anteils der Verteidigung aus. Die Berechnung in konstanten Preisen wurde im Rahmen dieser Revision für den Zeitraum 1960 bis 1976 von der Preisbasis 1962 auf die Preisbasis 1970 umgestellt.

Neue Berücksichtigung der Einfuhrabgaben und unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen

Wesentlich für die Arbeit mit den revidierten Werten ist ferner, daß die Konzepte und Definitionen z. T. vom Statistischen Bundesamt geändert werden mußten, um den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Berechnungen zwischen den Mitgliedsländern gerecht zu werden. Diese Änderungen der Konzepte und Definitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes haben wiederum zwangsläufig Auswirkungen auf die Berechnungen der Länder, weil zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern eine Übereinkunft hinsichtlich der Einheitlichkeit der ange-

wandten Methoden und Konzepte sowie der verwendeten Begriffe besteht. Ohne diese Übereinkunft wäre zweifellos die Vergleichbarkeit der erstellten Ergebnisse zwischen den Ländern und dem Bundesgebiet stark eingeschränkt. Entscheidend sind die geänderte Berücksichtigung der Einfuhrabgaben und unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. Bei den Einfuhrabgaben handelt es sich in Schleswig-Holstein 1976 um einen Betrag von 1,0 Mrd. DM (2,5 % des Bruttoinlandsprodukts) und bei der Gesamtsumme der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen um 1,2 Mrd. DM (3,1 % des Bruttoinlandsprodukts).

Bei der Verrechnung der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Einfuhrumsatzsteuer, Verbrauchsteuern auf Einfuhren und Abschöpfungs- und Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen) in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: 1. sie werden nachgewiesen als indirekte Steuern in den Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt derjenigen Wirtschaftsbereiche, deren Betriebe die mit Einfuhrabgaben belegten Güter gekauft und die Einfuhrabgaben abgeführt haben, 2. sie werden einbezogen in die Vorleistungen dieser Betriebe, das heißt, die eingeführten Güter werden in Ab-Zoll-Preisen (Einfuhrpreise einschließlich Einfuhrabgaben) als Vorleistungen verbucht. Vor der Revision zählten die Einfuhrabgaben zu den indirekten Steuern der Wirtschaftsbereiche, jetzt sind sie in den Vorleistungen enthalten.

Neuer Begriff: Bruttowertschöpfung

Diese Änderung in der Verbuchung der Einfuhrabgaben hat zur Folge, daß der Anwender von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sich auf neue Begriffe und Bezeichnungen einstellen muß. So werden die bisher als Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt bezeichneten Werte nach dem neuen Konzept — in Übereinstimmung mit dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (abgekürzt ESVG) und den vom Statistischen Bundesamt aufgestellten

Input-Output-Tabellen — als **Bruttowertschöpfung** bezeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich dagegen erst, wenn man zu der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche die Einfuhrabgaben addiert. Mit anderen Worten: die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ist um die Einfuhrabgaben geringer als das Bruttoinlandsprodukt.

Damit verbunden ist zwangsläufig eine neue Definition der indirekten Steuern, denn es muß deutlich gemacht werden, daß in den indirekten Steuern der Wirtschaftsbereiche keine Einfuhrabgaben enthalten sind, da sie den Vorleistungen zugerechnet werden. Für die indirekten Steuern, die sich auf die inländischen Produkte beziehen, wurde aus dem ESVG die Bezeichnung „**Produktionssteuern**“ übernommen. Die indirekten Steuern ergeben sich somit jetzt als Summe aus Produktionssteuern und Einfuhrabgaben.

Die Bruttowertschöpfung der Unternehmen wird bereinigt um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen, gekürzt um die Investitionssteuer. Entgelte für Bankdienstleistungen werden unterstellt, um für die Kreditinstitute eine mit anderen Bereichen vergleichbare Wertschöpfung nachweisen zu können, denn die Kreditinstitute erheben nur für einen Teil ihrer Dienstleistungen Gebühren und finanzieren sich im übrigen aus der Differenz zwischen Vermögenserträgen und Zinsaufwand. Eigentlich müßten damit alle Sektoren belastet werden, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, nämlich außer den Unternehmen auch der Staat, die privaten Haushalte und das Ausland. In den bisherigen Berechnungen war das der Fall, weshalb auch auf einen gesonderten Nachweis dieser unterstellten Entgelte verzichtet werden konnte. Die jetzt getroffene Regelung, nach der nur der Unternehmenssektor als Käufer unterstellt wird, hat lediglich den Vorteil einer besseren internationalen Vergleichbarkeit.

Die nach der Entstehung berechnete Bruttowertschöpfung der Unternehmen wird um den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen, gekürzt um die Investitionssteuer, bereinigt, damit die Summe der in der Entstehungsrechnung ermittelten Einzelwerte mit dem Gesamtwert der Verwendungsrechnung übereinstimmt. In der Entstehungsrechnung werden nämlich Produktionswerte und Vorleistungen grundsätzlich einschließlich Umsatzsteuer dargestellt, in der Verwendungsrechnung dagegen die Investitionen ohne abzugsfähige Umsatzsteuer nachgewiesen; in den Jahren, in denen Investitionssteuer erhoben wurde, wird der Vorsteuerabzug für Investitionen um

die Investitionssteuer gekürzt. Die Werte der Entstehungsrechnung wären also ohne die Bereinigung entsprechend höher als die Werte der Verwendungsrechnung.

Zur Verdeutlichung der obigen Ausführungen sei am Beispiel des Jahres 1976 aufgezeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt für Schleswig-Holstein aus den Ergebnissen für die Wirtschaftsbereiche ableitet:

Bruttowertschöpfung (unbereinigt) der Wirtschaftsbereiche	Mill. DM
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	2 814
Warenproduzierendes Gewerbe	15 075
Handel und Verkehr	5 701
Kreditinstitute, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsgewerbe	8 801
Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche insgesamt (unbereinigt)	32 391
abzüglich:	
Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	1 205
Vorsteuerabzug für Investitionen ¹	402
Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt (bereinigt)	30 784
Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	7 554
Bruttowertschöpfung insgesamt	38 338
Einfuhrabgaben	992
Bruttoinlandsprodukt	39 329

1) Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen, gekürzt um Investitionssteuer

Die Bruttowertschöpfung der Unternehmen, die sich aus der Differenz von Produktionswerten und Vorleistungen ergibt, wird also bereinigt um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen, gekürzt um die Investitionssteuer. Addiert man zu der bereinigten Bruttowertschöpfung der Unternehmen die Bruttowertschöpfung des Staates, der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, so ergibt sich die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche insgesamt in Schleswig-Holstein. Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins ist dann die Summe aus Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben. Die Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und der Summe aus Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben beruht auf unabhängiger Rundung.

Nähere Ausführungen zu den Änderungen der Konzepte und Definitionen und ihren Auswirkungen auf die Darstellung der Entstehungsrechnung können dem Beitrag „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1976“ in *Wirtschaft und Statistik*, 4/1977, vom Statistischen Bundesamt entnommen werden.

Änderungen in den Berechnungen zu konstanten Preisen

Im Rahmen der Revision sind die Berechnungen zu konstanten Preisen — in Einklang mit den amtlichen Preis- und Mengenindizes sowie in Übereinstimmung mit dem Vorgehen der anderen Mitgliedsländer der EG in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — auf das Basisjahr 1970 (bisher 1962 = 100) umgestellt worden. Die Angaben in konstanten Preisen zeigen, wie sich die Mengen von erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen in den einzelnen Berichtsjahren entwickelt haben. Bei den Preisindizes in der Sozialproduktberechnung handelt es sich um Indizes mit wechselnder Wägung (Paasche-Indizes), das heißt, ihnen liegt in jedem Jahr eine andere Mengenstruktur zugrunde. Die unterschiedlichen Mengen werden dann jeweils mit den Preisen der Basisperiode bewertet. Die Entwicklung von einem Jahr zum anderen ist also — anders als bei den in der Preisstatistik üblichen Preisindizes mit fester Wägung (Laspeyres-Indizes) — auch durch Änderung der Mengenstruktur beeinflusst. Bei der Neuberechnung der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen auf der Basis 1970 wurde im Prinzip die gleiche Methode wie bisher angewendet. Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung ergibt sich durch Division des nominalen Werts durch den realen Wert.

Auswirkungen der Revision auf die Werte für die Wirtschaftsbereiche

Beim Vergleich der Werte des Bruttoinlandsprodukts von Schleswig-Holstein vor und nach der Revision ergeben sich für den gesamten Zeitraum von 1960 bis 1976 nur geringfügige Unterschiede. So ist das revidierte Bruttoinlandsprodukt 1976 beispielsweise um 1,3 % höher als der Wert vor der Revision. Dagegen sind die Abweichungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen doch zum Teil erheblich, was aber eben ganz wesentlich durch die Änderung der Kon-

zepte bedingt ist. Der Vergleich wird mit anderen Worten dadurch erschwert, daß es sich bei den Ergebnissen vor der Revision um die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt handelt, nach der Revision dagegen um die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die andere Inhalte erhalten haben. So ergeben sich gegenüber den Berechnungen vor der Revision Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen durch die Einbeziehung der Einfuhrabgaben in die Vorleistungen, wodurch die Anteile des Warenproduzierenden Gewerbes und des Handels deutlich geringer werden. Durch die Verminderung der Vorleistungen der Wirtschaftsbereiche um unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen steigt dagegen die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen, und hier vor allem der Kreditinstitute und der Wohnungsvermietung, deutlich an. Andererseits haben auch die Korrekturen auf Grund neuen statistischen Ausgangsmaterials und verbesserter Berechnungsverfahren oft unterschiedlichen Einfluß auf die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Hierdurch hat sich in Schleswig-Holstein vor allem der Beitrag des Wirtschaftsbereichs Handel und Verkehr gegenüber den bisherigen Berechnungen vermindert. Die Verminderung hat ihre Ursache ausschließlich im Handel, in dem durch die Einarbeitung von neueren Ergebnissen für Betriebe im Gegensatz zu den behelfsweise verwendeten Unternehmensergebnissen mit entsprechend neueren Vorleistungsquoten die Berechnung der Bruttowertschöpfung verbessert werden konnte. Dagegen konnte in anderer Richtung der Beitrag der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft vornehmlich durch verbesserte Verfahren für die Berechnung der Produktionswerte und der Vorleistungen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden. Auch der Beitrag des Staates hat sich in Schleswig-Holstein nach der Revision erheblich erhöht, weil jetzt der Unterbereich Verteidigung besser auf die Bundesländer verteilt werden konnte. Vor der Revision wurde der Beitrag des Verteidigungssektors gemäß der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer verteilt, jetzt dagegen gemäß der Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten sowie der Wehrpflichtigen.

Diese Abweichungen in den Berechnungen für die Wirtschaftsbereiche müssen vor allem auch berücksichtigt werden, wenn die Wertschöpfungen der Wirtschaftsbereiche zur Beschreibung der Wirtschaftsstruktur eines Landes benutzt werden. Diese Darstellung wäre dann nicht mehr voll vergleichbar mit der bisherigen über die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt. Nach dem neuen

Konzept der Entstehungsrechnung muß man als Bezugsgröße für die Ermittlung von Anteilswerten der einzelnen Wirtschaftsbereiche die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt verwenden. Die beiden der Bereinigung dienenden Posten — Entgelte für unterstellte Bankdienstleistungen und Vorsteuer auf Investitionen — lassen sich nämlich nicht auf die vier Unternehmensbereiche verteilen. Anhaltspunkte über die Wirtschaftsstruktur und ihre Entwicklung werden in Zukunft also die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und ihre Anteile an der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt sein. Die Auswirkungen der Revision auf diese Darstellung der Wirtschaftsstruktur seien einmal am Beispiel des Jahres 1976 durch die folgende Gegenüberstellung von Anteilswerten der bisherigen Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt und der jetzigen Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche aufgezeigt:

Anteile der Wirtschaftsbereiche 1976
in jeweiligen Preisen

	vor der Revision in %	nach der Revision in %	Differenz in %-Punkten
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	6,2	7,0	+ 0,8
Warenproduzierendes Gewerbe	38,8	37,7	- 1,0
Handel und Verkehr	19,7	14,3	- 5,4
Dienstleistungsunternehmen	19,0	22,0	+ 3,0
Staat, private Haushalte usw.	16,3	18,9	+ 2,6

Sieht man diese Gegenüberstellung unter dem Gesichtspunkt der groben Einteilung einer Volkswirtschaft in einen produzierenden Bereich und einen Dienstleistungsbereich, den sog. tertiären Sektor, dann sind die Unterschiede mit vorher 45,0 % und nachher 44,8 % Beitrag vom produzierenden Bereich sowie vorher 55,0 % und nachher 55,2 % Beitrag vom tertiären Sektor sicherlich geringfügig. In der tieferen wirtschaftlichen Gliederung ergeben sich aber zum Teil erhebliche Unterschiede.

Das revidierte Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1976

Nach der Revision der Entstehungsrechnung hat sich das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein seit

1960 innerhalb von 16 Jahren von 10,0 Mrd. DM um 293 % auf einen Wert von 39,3 Mrd. DM erhöht und damit fast vervierfacht. Demgegenüber steht eine Zuwachsrate von 271 % im gesamten Bundesgebiet. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung auf diese lange Sicht in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut verlief. Gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate beträgt der Unterschied zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet 0,4 Punkte, denn in Schleswig-Holstein betrug der Zuwachs durchschnittlich jährlich 8,9 % und im Bundesgebiet 8,5 %.

Hierbei handelt es sich allerdings um nominale Entwicklungen, was bedeutet, daß die Preissteigerungen in den Zuwachsraten enthalten sind. Für die Entwicklung einer Volkswirtschaft sind aber die realen Zuwachsraten wesentlich aussagefähiger, denn sie geben Auskunft darüber, was gegenüber der Vorperiode zusätzlich an Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet worden ist. Nur wenn die reale Zuwachsrate positiv ist, kann von wirtschaftlichem Wachstum gesprochen werden. Bei einer positiven nominalen Zuwachsrate, die kleiner als die Preissteigerungsrate ist, liegt dagegen eine schrumpfende Volkswirtschaft vor; die reale Zuwachsrate ist dann negativ. In Schleswig-Holstein hat es erstmals 1975 seit Beginn der Berechnungen für das Jahr 1950 kein wirtschaftliches Wachstum gegeben, die reale Veränderungsrate betrug - 1,1 %. Im Bundesgebiet belief sie sich in demselben Jahr sogar auf - 2,6 %, nachdem hier bereits im Jahre 1967 mit - 0,2 % schon einmal ein geringfügiger mengenmäßiger Rückgang festgestellt worden war.

In der realen Betrachtungsweise wurde das Basisjahr — wie bereits erwähnt — von 1962 auf 1970 umgestellt. Die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gibt also die Veränderung der erstellten Menge von Gütern und Dienstleistungen, bewertet in Preisen von 1970, an. Da das Basisjahr 1970 innerhalb des hier betrachteten Zeitraums von 1960 bis 1976 liegt, sind hinsichtlich des Vergleichs zwischen nominalem und realem Bruttoinlandsprodukt bei ständig steigendem Preisniveau drei verschiedene Perioden zu beachten. Von 1960 bis 1969 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um den jeweiligen Preisunterschied gegenüber 1970 höher als das nominale Bruttoinlandsprodukt, denn die erstellten Mengen an Gütern und Dienstleistungen jedes Jahres innerhalb dieses Zeitraums werden mit höheren als den jeweiligen Preisen bewertet. Im Jahre 1970 sind das reale und nominale Bruttoinlandsprodukt gleich, und ab 1971 ist das nominale Bruttoinlands-

Bruttoinlandsprodukt

Jahr	In jeweiligen Preisen (nominal)		In konstanten Preisen (real)	
	Mill. DM	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100
1960	10 020	44	14 714	64
1961	11 139	48	15 592	68
1962	12 728	55	16 997	74
1963	13 388	58	17 307	75
1964	14 334	62	17 962	78
1965	15 705	68	18 922	82
1966	16 956	74	19 651	85
1967	17 413	76	19 957	87
1968	18 871	82	21 080	92
1969	20 578	89	22 008	96
1970	23 027	100	23 027	100
1971	25 869	112	23 964	104
1972	28 608	124	24 769	108
1973	31 706	138	25 797	112
1974	34 163	148	26 377	115
1975*	36 495	158	26 094	113
1976*	39 329	171	27 141	118

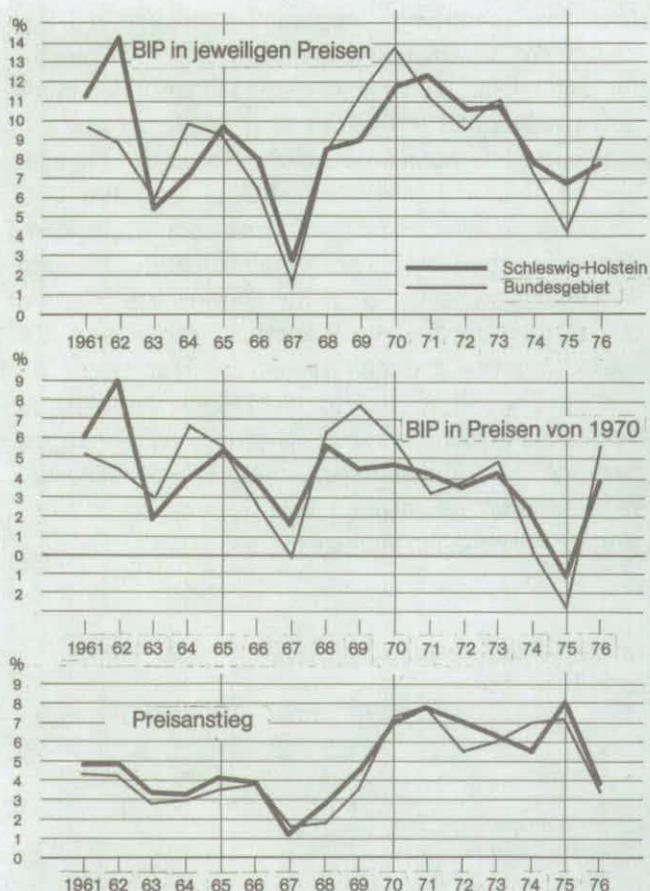
*) vorläufige Ergebnisse

produkt um die Preissteigerungen seit 1970 höher als das reale Bruttoinlandsprodukt.

Wie groß die Preiskomponente ist, kann man daran erkennen, daß das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in der Zeit von 1960 bis 1976 nominal um 293 % gestiegen ist, während real eine Wachstumsrate von 84 % zu verzeichnen ist. Einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von nominal 8,9 % steht also eine reale von 3,9 % gegenüber. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate beläuft sich für diesen Zeitraum auf 4,8 %. Im Bundesgebiet betragen die entsprechenden Steigerungen 8,5 % (nominal), 3,9 % (real) und 4,5 % (Preise). Damit liegt das reale wirtschaftliche Wachstum in Schleswig-Holstein genau im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zur nominalen Entwicklung resultiert das daraus, daß die Preissteigerungen in Schleswig-Holstein etwas über denen im Bundesgebiet liegen. Die Preissteigerungsrate gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der Vorprodukte an, wobei sich die Mengen von Periode zu Periode ändern. Es handelt sich also keineswegs um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen konstanten Warenkorb der Güter und Dienstleistungen

D-4884 Bruttoinlandsprodukt 1961 bis 1976

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



gen des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden.

In dem betrachteten Zeitraum von 1960 bis 1976 können an den realen Zuwachsraten deutlich Konjunkturzyklen abgelesen werden. Phasen starken wirtschaftlichen Aufschwungs folgen immer wieder Perioden der Abschwächung, wobei allerdings sowohl Auf- als auch Abschwung in den einzelnen Phasen unterschiedlich starke Ausschläge aufweisen. Begonnen wird das Auf und Ab in Schleswig-Holstein mit einem außergewöhnlich starken wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren 1961 und 1962. Hier ist das Jahr 1962 mit der höchsten Wachstumsrate des gesamten Zeitraums von 9,0 % besonders erwähnenswert gegenüber nur 4,4 % im gesamten Bundesgebiet. Aber bereits im folgenden Jahr sackte die Zuwachsrate auf 1,8 % ab, verbesserte sich 1964 zwar auf 3,8 %, lag aber gerade in diesem Jahr um 2,9 Punkte unter dem Bundesdurchschnitt. Vom Hoch des Jahres 1965 führte die Entwicklung in das Tief des Jahres 1967 mit der bis dahin niedrigsten Zuwachsrate von 1,6 % in Schleswig-Holstein. Dieser

Abschwung wirkte sich im Bundesgebiet allerdings stärker aus als in unserem Lande, führte er doch erstmalig nach den Berechnungen seit 1950 zu der bereits erwähnten negativen realen Veränderungsrate von $-0,2\%$. Der wirtschaftliche Aufschwung danach war im Bundesgebiet vehement und brachte 1969 mit $7,8\%$ die höchste Wachstumsrate des betrachteten Zeitraums. War der Abschwung in Schleswig-Holstein gedämpft, so vollzog sich auch der Aufschwung nicht so kräftig wie im Bundesgebiet. Der Zeitraum von 1969 bis 1973 könnte in Schleswig-Holstein als eine Phase relativ konstanter Wachstumsraten mittleren Niveaus bezeichnet werden, denn die Raten schwanken nur zwischen $3,4\%$ und $4,6\%$. Der daran anschließende Abschwung war der bisher kräftigste und brachte 1975 in Schleswig-Holstein mit $-1,1\%$ zum ersten Mal kein wirtschaftliches Wachstum. Im Bundesgebiet war die Entwicklung mit $-2,6\%$ noch schlechter. Umso bemerkenswerter sind die 1976 folgenden Wachstumsraten von $4,0\%$ in Schleswig-Holstein und $5,6\%$ im Bundesgebiet. Beim Vergleich der Konjunkturzyklen zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet fällt auf, daß mit Ausnahme des ersten Aufschwungs in den Jahren 1961 und 1962 die Auf- und Abschwünge in Schleswig-Holstein wesentlich gedämpfter verlaufen als im Bundesgebiet. Das hängt mit der besonderen Wirtschaftsstruktur unseres Landes zusammen, die geprägt ist durch konjunkturstabilisierende Sektoren wie Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie und den Staat mit dem Untersektor Verteidigung.

Die Preissteigerungen sind — wie gesagt — bei dieser gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise ausgeklammert. Sie spielen aber gerade in der heutigen Zeit eine so bedeutende Rolle, daß es angebracht erscheint, auch die Preisentwicklung sämtlicher erstellter Güter und erbrachter Dienstleistungen, einschließlich der Vorprodukte, in dem betrachteten Zeitraum darzustellen. Die in Erinnerung an die hohen Preissteigerungsraten der Jahre 1970 bis 1975 niedrig erscheinende durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von $4,8\%$ in Schleswig-Holstein für den gesamten Zeitraum von 1960 bis 1976 ist auf die zum Teil erheblich unter diesem Durchschnitt liegende Preisentwicklung in den Jahren 1963 bis 1969 zurückzuführen. 1967 erhöhten sich die Preise beispielsweise nur um $1,1\%$. Dagegen lag die Teuerung in den Jahren 1970 bis 1975 erheblich über dem Durchschnitt. Am höchsten war sie im Jahre 1975 mit $8,0\%$. Umso erfreulicher ist die Entwicklung im Jahre 1976, die mit $3,7\%$ eine erheblich unter dem langjährigen Durchschnitt liegende Preissteigerung brachte. Für

das Bundesgebiet gilt in der Tendenz das gleiche wie für Schleswig-Holstein. Auch hier lag die niedrigste Teuerungsrate mit $1,5\%$ im Jahre 1967, die höchste aber mit $7,8\%$ im Jahre 1971.

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Nach dem neuen Konzept der Entstehungsrechnung können für die vier Unternehmensbereiche nur unbereinigte Werte der Bruttowertschöpfung ermittelt werden, weil die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und der Vorsteuerabzug für Investitionen jeweils global von der Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche insgesamt abgezogen werden und spezielle Unterlagen, insbesondere für die Aufschlüsselung der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen auf die Wirtschaftsbereiche weitgehend fehlen. Da aber der Anteil der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen insgesamt am Bruttoinlandsprodukt in den einzelnen Jahren jeweils etwa 3% beträgt, ist die Vergleichbarkeit der Wirtschaftsbereiche nur wenig eingeschränkt. Gegenüber den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt vor der Revision ist allerdings zusätzlich zu bedenken, daß die Einfuhrabgaben jetzt als Vorleistungen verbucht sind und die Bruttowertschöpfungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche entsprechend geringer ausfallen.

Bei einer Aufgliederung der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt des Jahres 1976 in jeweiligen Preisen nach fünf Wirtschaftsbereichen ergibt sich, daß der wesentliche Beitrag in Schleswig-Holstein mit fast zwei Fünfteln (38%) vom Warenproduzierenden Gewerbe geleistet wird. In der realen Betrachtungsweise schneidet dieser Bereich noch etwas besser ab, denn danach kommt er auf einen Anteil von 41% . Dies ist ein Hinweis darauf, daß in diesem Bereich die Preissteigerungen unter dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg im Lande gelegen haben. Diese Feststellung wird noch unterstrichen durch einen Vergleich der Anteile von 1960 und 1976. Verringerte sich der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes an der nominalen Bruttowertschöpfung von 1960 bis 1976 um drei Punkte, so lag dieser Anteil an der realen Bruttowertschöpfung 1976 um zwei Punkte über dem des Jahres 1960. Tatsächlich lag die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate im Warenproduzierenden Gewerbe mit $4,1\%$ um $0,7$ Punkte unter der entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Rate; der durchschnittliche jährliche mengenmäßige Zuwachs betrug im Warenproduzierenden Gewerbe $4,3\%$ und war damit um $0,4$ Punkte höher als die

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und Bruttoinlandsprodukt in Millionen DM
in jeweiligen Preisen

Jahr	Land/Forstw., Tierhaltung u. Fischerei	Warenprodu- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstlei- stungsunter- nehmen	Unternehmen zusammen unbereinigt	Unternehmen bereinigt	Staat, private Haushalte ¹	Bruttowert- schöpfung bereinigt	Bruttoinlands- produkt
1960	1 341	4 027	1 816	1 402	8 587	8 436	1 383	9 819	10 020
1965	1 682	6 500	2 789	2 386	13 357	13 074	2 341	15 415	15 705
1970	1 941	9 402	3 639	4 327	19 309	18 536	3 819	22 355	23 027
1971	2 033	10 526	3 984	5 059	21 602	20 702	4 506	25 207	25 869
1972	2 292	11 400	4 394	5 780	23 867	22 833	5 062	27 895	28 608
1973	2 441	12 617	4 638	6 580	26 274	25 117	5 791	30 908	31 706
1974	2 446	13 441	4 842	7 269	27 998	26 631	6 570	33 201	34 163
1975*	2 728	13 844	5 227	8 114	29 913	28 405	7 247	35 652	36 495
1976*	2 814	15 075	5 701	8 801	32 391	30 784	7 554	38 338	39 329

*) vorläufige Ergebnisse

1) und private Organisationen ohne Erwerbscharakter

durchschnittliche jährliche gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern schlägt negativ zu Buche, daß das Gewicht dieses Bereichs in unserem Lande 1976 mit 41 % erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 51 % der realen Bruttowertschöpfung insgesamt liegt. Dagegen haben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Anteile von 58 % und 56 %. Positiv im Ländervergleich ist aber zu vermerken, daß die Wertschöpfung des Warenproduzierenden Gewerbes sich in Schleswig-Holstein von 1960 bis 1976 real um durchschnittlich jährlich 0,3 Punkte stärker steigerte als im Bundesdurchschnitt.

In weiterer wirtschaftlicher Gliederung setzt sich die reale Wertschöpfung des Warenproduzierenden Gewerbes aus den Wertschöpfungen von Energiewirtschaft und Bergbau (1976 = 4 % der unbereinigten Wertschöpfung insgesamt), vom verarbeitenden Gewerbe (28 %) und vom Baugewerbe (9 %) zusammen. Im Zeitablauf nahm die Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes (1960 = 26 %) leicht zu, während sich das Gewicht von Energiewirtschaft und Bergbau nahezu verdoppelte. Dagegen war das Baugewerbe im Vergleich mit den anderen Wirtschaftsbereichen leicht rückläufig (1960 = 11 %).

Eine noch positivere Entwicklung als im Warenproduzierenden Gewerbe hat sich bei den Dienstleistungsunternehmen ohne Handel und Verkehr (Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung und sonstige Dienstleistungen) vollzogen. Und zwar beträgt hier für den Zeitraum von 1960 bis 1976 die durchschnittliche jährliche reale Zuwachsrate 5,0 %. Allerdings ist dieser Bereich mit einem Anteil von 21 % an der realen unbereinigten Wertschöpfung insgesamt des Jahres 1976 von erheblich

geringerer Bedeutung. Durch die überaus positive Entwicklung über diesen langen Zeitraum hat sich das Gewicht der Dienstleistungsunternehmen im Zeitablauf entsprechend erhöht, 1960 hatte der Anteilswert nur knapp 18 % betragen. Die Steigerung der Bedeutung gilt mehr oder weniger stark für

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	nominal	real	nominal	real
%				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei				
1960	13,5	11,2	5,8	4,9
1976*	7,0	7,7	2,8	3,1
Warenproduzierendes Gewerbe				
1960	40,4	38,3	53,5	50,3
1976*	37,7	40,5	47,9	51,1
Handel und Verkehr				
1960	18,2	15,2	18,3	15,8
1976*	14,3	14,4	15,2	15,2
Dienstleistungsunternehmen				
1960	14,1	17,6	13,7	17,4
1976*	22,0	20,9	20,9	19,3
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter				
1960	13,9	17,8	8,8	11,6
1976*	18,9	16,5	13,2	11,3

*) vorläufige Ergebnisse

die drei obengenannten Unterbereiche des Wirtschaftsbereichs Dienstleistungsunternehmen. Bemerkenswert ist, daß bei den Dienstleistungsunternehmen die Preissteigerungen in dem betrachteten Zeitraum erheblich über den Durchschnitt hinausgingen. Einer durchschnittlichen jährlichen Veränderung von real 5,0 % steht eine von nominal 12,2 % gegenüber. Daraus ergibt sich für die Dienstleistungsunternehmen eine durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 6,8 %, womit die Preissteigerungen in diesem Bereich durchschnittlich jährlich um 2,0 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Rate unseres Landes liegen. Diese erheblich über dem Durchschnittswert liegenden Preissteigerungen sind vor allem auf die beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen zu Beginn der siebziger Jahre zurückzuführen, die sich besonders in einem lohnintensiven Wirtschaftsbereich auswirken. Daß die Preissteigerungen gerade in diesem Bereich eine besondere Rolle spielen, ist auch daraus zu ersehen, daß sich der Anteil der Dienstleistungsunternehmen an der nominalen Bruttowertschöpfung von 1960 bis 1976 immerhin von 14 % auf 22 % erhöhte, während der Anteil an der realen Bruttowertschöpfung in derselben Zeit — wie bereits erwähnt — nur von 18 % auf 21 % anstieg.

In den drei übrigen Wirtschaftsbereichen (Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter; Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei) erhöhten sich die realen Werte nicht so stark wie in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft insgesamt. In der wirtschaftlichen Bedeutung bleiben sie hinter den Dienstleistungsunternehmen zurück. Der drittstärkste Wirtschaftsbereich ist in unserem Lande der Staat usw. mit einem Anteil von 17 % an der realen Bruttowertschöpfung 1976. Dieser erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegende Anteil ist ganz wesentlich mit auf die überdurchschnittliche Bedeutung des Verteidigungssektors in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Im Zeitablauf hat der Staat usw. etwas an Bedeutung eingebüßt, denn 1960 belief sich sein Anteil noch auf 18 % an der realen Bruttowertschöpfung. Auch hier ergibt sich wie bei den Dienstleistungsunternehmen bei der Betrachtung der nominalen Werte ein ganz anderes Bild. Danach ist der Anteil des Staats usw. an der nominalen Wertschöpfung von 14 % im Jahre 1960 auf 19 % im Jahre 1976 angestiegen. Damit ist wiederum gesagt, daß die Preissteigerungen, die hier nahezu ausschließlich auf Lohn- und Gehaltssteigerungen zurückzuführen sind, auch in diesem Bereich überdurchschnittlich hoch waren.

Das Gewicht des Wirtschaftsbereichs Handel und Verkehr ist besonders stark von der neuen Verrechnung der Einfuhrabgaben als Vorleistungen betroffen, so daß der Anteil dieses Bereichs an der realen Bruttowertschöpfung gegenüber den Berechnungen vor der Revision um etwa fünf Punkte niedriger ausfällt. Zu diesem starken Absinken hat noch beigetragen, daß neuere Berechnungsunterlagen herangezogen werden konnten, die den Nachweis erbrachten, daß die Fortschreibung der Werte vor der Revision insbesondere im Großhandel zu einer Überhöhung geführt hatten. In dem Zeitraum von 1960 bis 1976 verzeichnet der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3,5 %. Die entsprechende Steigerung der nominalen Bruttowertschöpfung beträgt 7,4 %. Damit liegen die durchschnittlichen jährlichen Preissteigerungen in diesem Bereich mit 3,8 % um 1,0 Punkt unter der gesamtwirtschaftlichen Rate. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, daß sowohl der Anteil an der realen als auch der Anteil an der nominalen unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt zurückgegangen sind, nämlich real von 15 % auf 14 % und nominal von 18 % auf 14 %.

Der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft hat 1976 in Schleswig-Holstein 8 % zur realen Bruttowertschöpfung beigetragen. 1960 betrug sein Anteil noch 11 %. Beim Vergleich der nominalen Werte im Zeitablauf ist der relative Rückgang wesentlich stärker, denn 1960 betrug der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der nominalen Bruttowertschöpfung noch 14 %, 1976 dagegen 7 %. Dieser relative Rückgang ist trotz einer absoluten Steigerung zustande gekommen, denn die durchschnittliche jährliche mengenmäßige Erhöhung der Bruttowertschöpfung liegt mit 1,6 % zwischen 1960 und 1976 erheblich unter der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate. Andererseits zeichnet sich dieser Wirtschaftsbereich durch die niedrigsten Preissteigerungen aller hier beschriebenen Wirtschaftsbereiche aus. Bei den landwirtschaftlichen Produkten erhöhten sich die Preise durchschnittlich jährlich nur um 3,1 %. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist bemerkenswert, daß die schleswig-holsteinische Land- und Forstwirtschaft 1976 mit 7,7 % den größten Anteil an der realen Bruttowertschöpfung unter allen Bundesländern aufweist. Unserem Lande noch am nächsten kommt Niedersachsen mit einem Anteil von 6,5 %, während der bundesdurchschnittliche Anteil mit 3,1 % erheblich darunter liegt. Damit ist die Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein relativ sehr stark vertreten, denn der Beitrag der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft zur realen unbe-

reinigten Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs im gesamten Bundesgebiet beläuft sich 1976 auf 8,7 %, während die gesamte Wirtschaft unseres Landes nur mit 3,5 % an der realen unbereinigten

Bruttowertschöpfung der gesamten Wirtschaft des Bundesgebietes beteiligt ist.

Peter Möller

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht P 11 - 18

Das Konzept der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1981

Zur Vorgeschichte

Laut Artikel 1 der Richtlinie des Rates der EG vom 22. 11. 1973 führen die Mitgliedstaaten „zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1981 eine allgemeine Volkszählung durch“¹. In der Begründung heißt es: „Die Kommission muß zur Erfüllung der ihr nach dem Vertrag ... obliegenden Aufgaben über hinreichend zuverlässige, untergliederte und vergleichbare statistische Angaben im Bereich der Bevölkerung, der Erwerbsbevölkerung, der Beschäftigung, der Haushalte und der Familien verfügen. Derzeit liefern allgemeine Volkszählungen keine vergleichbaren Angaben, da sie nicht im gleichen Zeitraum durchgeführt werden“. Damit ist der Erhebungszeitraum der nächsten Volkszählung fixiert und bereits eine wesentliche Aufgabe dieser Zählung genannt. Auf weitere Aufgaben wird noch eingegangen.

Der Termin der kommenden Volkszählungen stimmt mit deutschen Planungen überein. Bereits 1970 hatte die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) in einer Entschließung² vorgeschlagen, jeweils zu Anfang eines Jahrzehnts Volkszählungen und in deren Mitte Wohnungszählungen durchzuführen. Bei einer derartigen zeitlichen Abstimmung wären dann etwa alle 5 Jahre neue regionalstatistische Informationen angefallen.

Nach der „termingerechten“ Volkszählung 1970 hätte daraufhin um 1975 herum eine Gebäude- und Wohnungszählung stattfinden müssen. Eine derartige Zählung war auch geplant und sogar weitgehend vor-

bereitet — selbst Probezählungen hatten schon stattgefunden —, ist aber wegen der öffentlichen Haushaltslage schließlich doch nicht angeordnet worden. Da die letzten umfassenden Gebäude- und Wohnungszahlen — von 1968 — bereits sieben Jahre alt waren, und neuere Ergebnisse — von 1972 — nur aus einer 1%-Wohnungstichprobe stammten, war der Bedarf insbesondere nach kleinräumlichen gebäude- und wohnungstatistischen Informationen dringend geworden. Die nächste Gebäude- und Wohnungszählung konnte nicht einfach auf 1985 verschoben werden. Auch aus diesem Grunde — finanzielle Überlegungen waren allerdings ausschlaggebend — sollten bei der Volkszählung 1981 gebäude- und wohnungstatistische Daten in ausreichendem Umfang miterhoben werden. Trotz des dadurch ausgeweiteten Fragenprogramms mochte man — ebenfalls aus Kostengründen — nicht darauf verzichten, an dieses Zählungswerk noch eine Arbeitsstättenzählung anzuhängen.

Dieser Rahmen ist vom Abteilungsleiterausschuß Statistik (ALA), einem Gremium, das 1975 von der Bundesregierung eingesetzt worden ist, um das Arbeitsprogramm der Bundesstatistiken zu straffen, beschlossen worden. Gleichzeitig hat dieser Ausschuß gefordert, daß die Kosten auf Bundesebene nicht mehr als 290 Mill. DM betragen dürfen (in Preisen von 1975); davon dürfen höchstens 48 Mill. DM auf den gebäude- und wohnungstatistischen Teil entfallen.

Aufgaben

Neben der Informationsbeschaffung für internationale Zwecke hat das Zählungswerk 1981 eine Vielzahl nationaler Aufgaben zu erfüllen.

Nur mit Hilfe von Totalzählungen ist es derzeit möglich, ein sachlich und räumlich tief gegliedertes Strukturbild

1) Richtlinie des Rates vom 22. 11. 1973 zur Synchronisierung der allgemeinen Volkszählung (73/403/EWG)

2) MKRO, Entschließung zur Verbesserung der regionalstatistischen Informationen, veröffentlicht im GMBI. 1970, S. 294

zu erhalten. Stichproben vermögen das nicht — weder in einer für regionale Planungen ausreichenden räumlichen Tiefe noch in einer tiefen sachlichen Gliederung. Auch Bestandsfortschreibungen sind enge Grenzen gesetzt: Zum einen können wegen des hohen Aufwands nur relativ wenige Merkmale fortgeschrieben werden und zum anderen ist jedes Fortschreibungssystem fehleranfällig, wobei der Fehler in der Regel umso größer ist, je weiter Fortschreibungsjahr und Basisjahr voneinander entfernt sind.

Zwischen den teuren und daher nur in größeren Zeitabständen durchführbaren großen Totalzählungen und den Stichproben, Fortschreibungen und anderen Statistiken besteht aber ein enger Zusammenhang; denn Großzählungen dieses Zuschnitts sollen auch die Basis für anschließende Fortschreibungen, Stichproben und spezielle Zählungen schaffen. Würde die Volkszählung 1981 nicht durchgeführt, wäre es u. a. nicht möglich

- systemimmanente Fehler bei der Bevölkerungsfortschreibung zu bereinigen
- das demnächst zu verkündende Zweite Bau- statistische Gesetz zu erfüllen, das eine erhebliche Ausweitung der Fortschreibung vorsieht und damit vorausgehende Bestandserhebungen notwendig macht
- eine neue Auswahlgrundlage für den Mikrozensus und für Wohnungsstichproben bereitzustellen und
- Unterlagen für Zählungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen zu liefern (insbesondere durch die Arbeitsstättenzählung).

In letzter Zeit ist häufiger zu hören, daß Großzählungen wie die Volkszählung 1981 eigentlich überholte Instrumente der Informationsbeschaffung seien und durch neue, dem technischen Fortschritt angepaßte Lösungen ersetzt werden müßten: Wozu noch umständlich jeden einzelnen Bürger nach seinen persönlichen Daten fragen, wenn diese ohnehin schon bei verschiedenen Behörden vorhanden sind und nur zusammengefaßt werden müßten?

Dem ist zweierlei entgegenzuhalten. Zum einen führt jeder Weg in diese Richtung über Identifikationsmerkmale, also z. B. eine Personenkennziffer, mit deren Hilfe die in verschiedenen Dateien befindlichen Datensätze erst personifizierbar wären und miteinander verbunden werden könnten. Dieser Weg eröffnet zwar der amtlichen Statistik ganz neue Perspektiven und findet aus technokratischer Sicht auch viele Befürworter. Einer Realisierung steht aber die ablehnende Haltung des Gesetzgebers entgegen, für die es auch gewichtige

Gründe gibt. Deshalb sind einerseits die Beratungen über ein neues Bundesmeldegesetz, durch das eine bundeseinheitliche Personenkennziffer hätte eingeführt werden sollen, abgebrochen worden, andererseits ist das Bundesdatenschutzgesetz erlassen worden, das die Datenübermittlung erheblich erschwert.

Zum anderen wird leicht übersehen, daß längst nicht alle bei einer Volkszählung erhobenen Merkmale irgendwelchen Behörden bekannt sind, daß sie für längst nicht alle Personen bekannt sind, und daß die Informationen in Behörden sich auf beliebig verschiedene Zeitpunkte beziehen, also nicht zu einem Gesamtbild zusammengefaßt werden können. Allein schon aus diesen Gründen wird man in absehbarer Zeit nicht auf Volkszählungen verzichten können.

Aufgaben der einzelnen Zählungsteile

Als Hauptaufgabe der Volkszählung im engeren Sinne³ läßt sich aus Landessicht die Feststellung der Bevölkerungszahl für Gemeinden, Kreise und das Land bezeichnen. Diese Ergebnisse sind zentrale Informationen für unzählige Verwaltungs- und Planungszwecke. Erst danach folgt die Darstellung demografischer Merkmale, die die Zeichnung eines vielfältigen Strukturbildes der Bevölkerung im Lande und seinen Verwaltungsbezirken sowie in kleinräumlichen Planungsgebieten (Ortsteile, Baublöcke u. dgl.) ermöglichen. Zu diesen Merkmalen gehören insbesondere Alter, Geschlecht, Familienstand, Art der Erwerbstätigkeit und Bildungsstand. Wie sehr diese Daten benötigt werden, läßt sich am Fehlen aktueller Erwerbstätigenzahlen ermes sen: Die „neuesten“ Kreis- und Gemeindezahlen stammen von 1970, würden also bei Veröffentlichung der ersten Ergebnisse der Volkszählung 1981 älter als 12 Jahre sein. Es ist gegenwärtig z. B. auch nicht möglich, für die Bezirke der Arbeitsverwaltung hinreichend genaue Bezugswerte zur Ermittlung regionaler Arbeitslosenquoten festzustellen. Mangels besserer Möglichkeiten müssen diese nach einem relativ groben Verfahren geschätzt werden.

Von zentraler Bedeutung ist ferner die bereits genannte Korrektur der Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung (bis zur Gemeindeebene) nach § 6 des bevölkerungsstatistischen Gesetzes von 1957. Volkszählungsergebnisse dienen außerdem als Auswahl-

3) Vergleiche dazu den Abschnitt Erhebungsprogramm

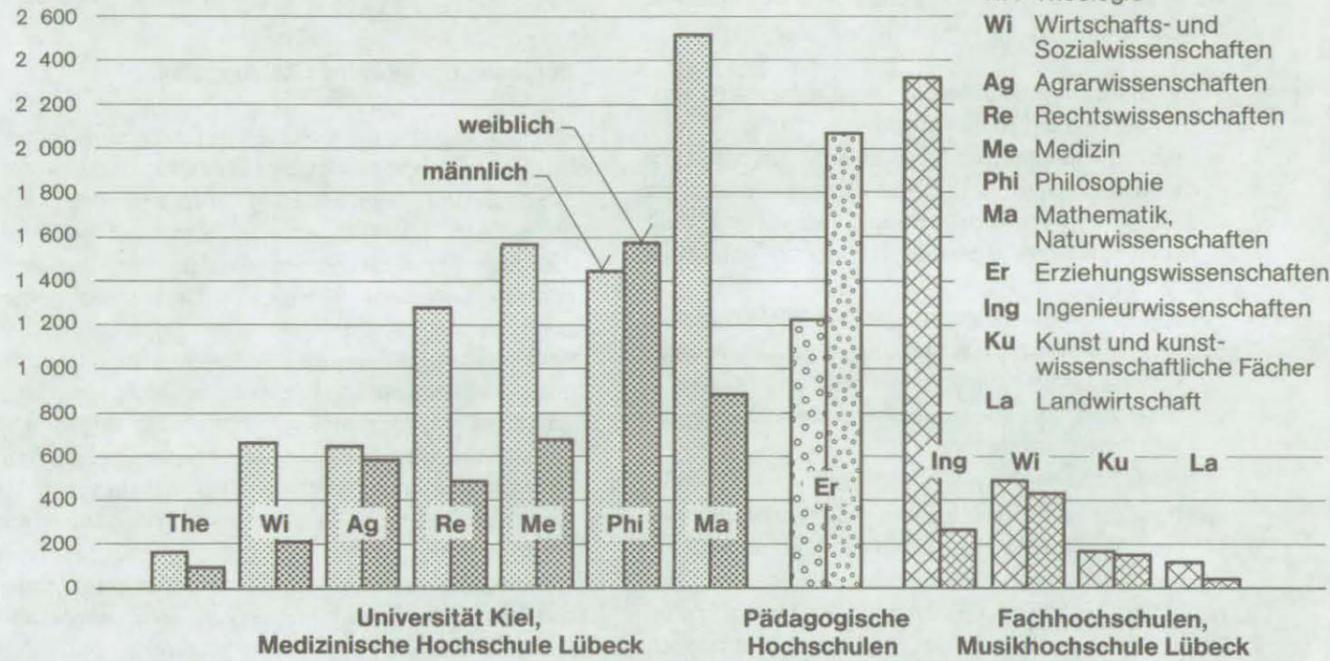
STUDENTEN IN SCHLESWIG - HOLSTEIN IM WS 1977/78

D - 4882

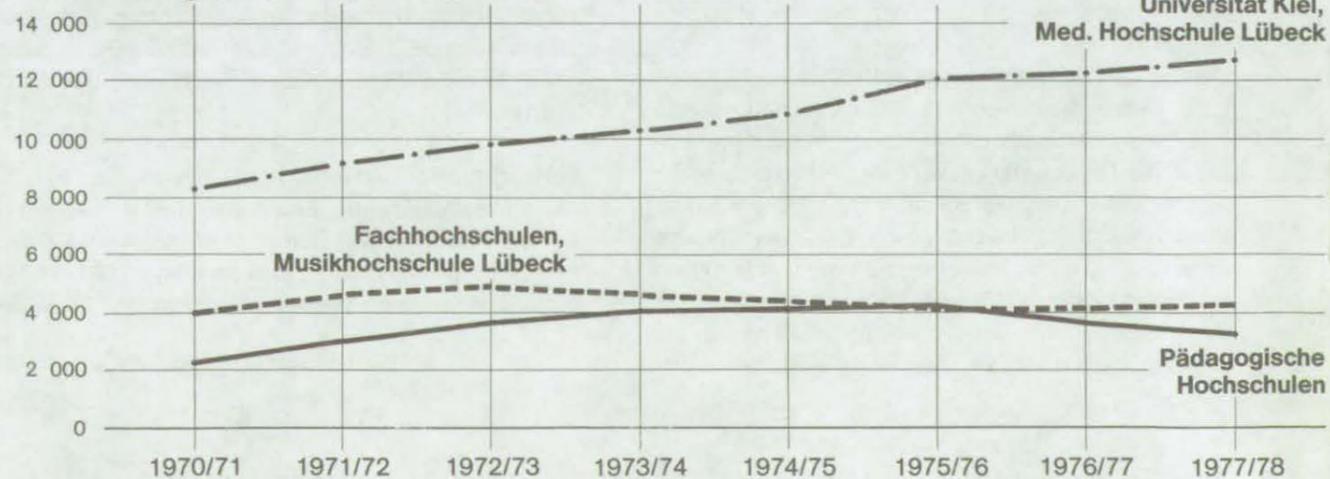
nach Standort und Art der Hochschule



nach Fachgruppe und Geschlecht

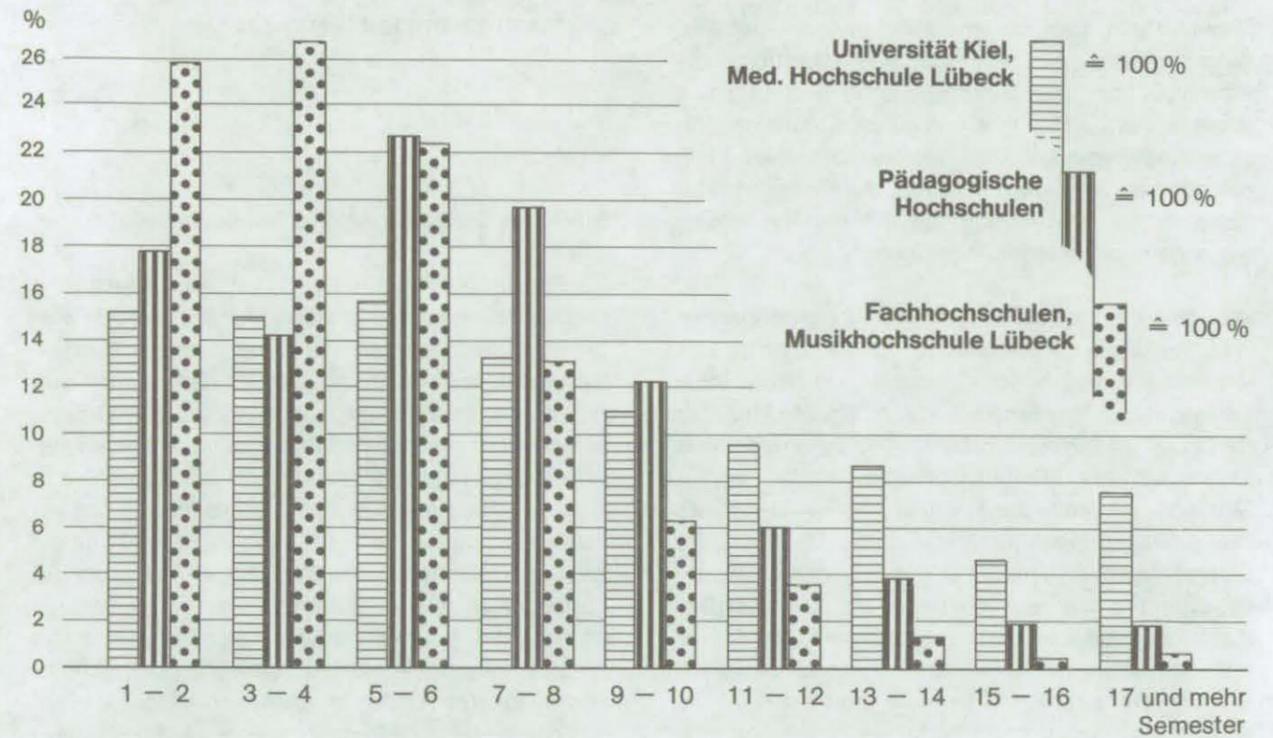


Entwicklung an den Hochschularten

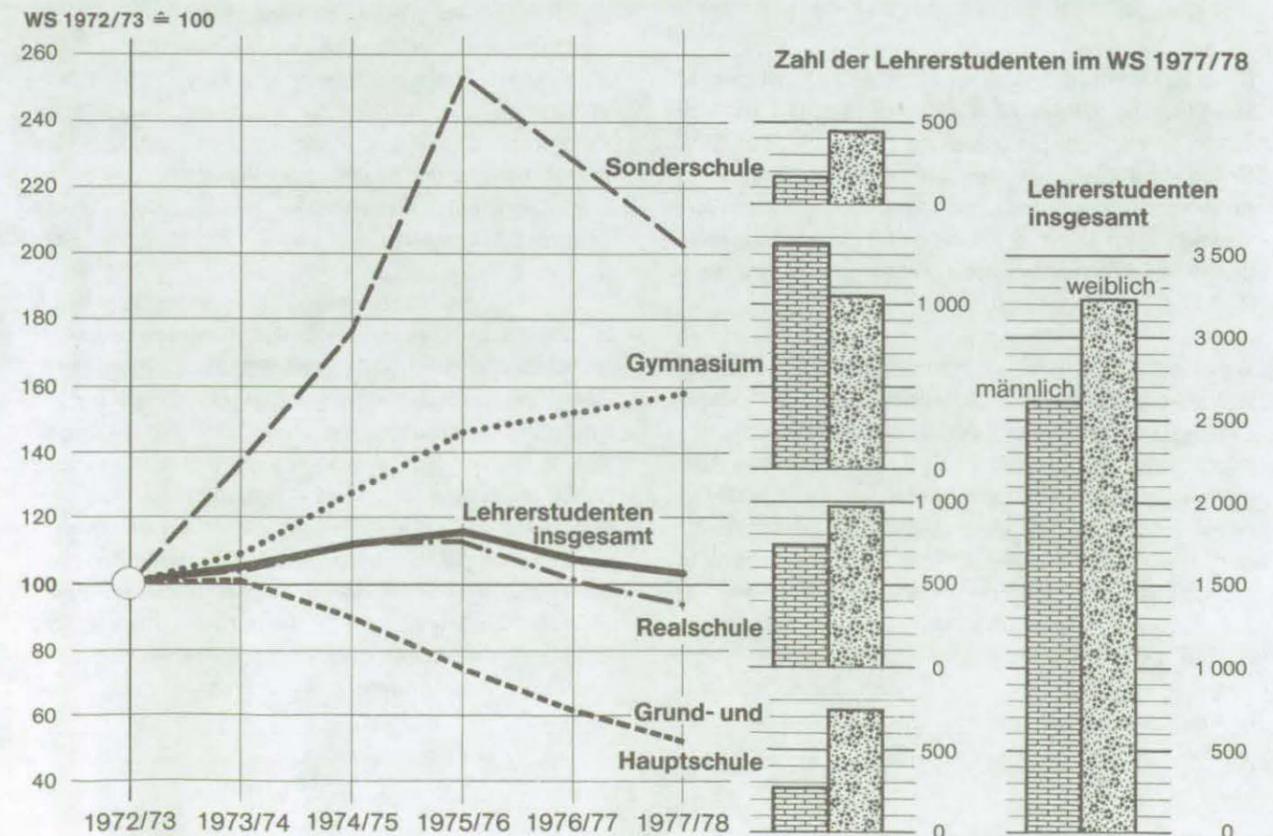


GRAFIK DES MONATS JANUAR 1978

nach der Zahl der verbrachten Hochschulsemester



Entwicklung bei den Lehrerstudenten — nur deutsche Studenten —



grundlage für den Mikrozensus, eine jährliche 1%-Stichprobe mit einem volkszählungsähnlichen Erhebungsprogramm, und als Berechnungsgrundlage für Bevölkerungsvorausschätzungen sowie Heirats-, Ehedauer- und Sterbetafeln.

Daneben gibt es noch eine Fülle weiterer wichtiger Aufgaben wie die Aufzeichnung der Pendlerströme, die Aufschluß über die ökonomische Verflechtung von Räumen des Landes gibt und eine bedeutende Entscheidungsgrundlage für regionalpolitische Maßnahmen ist, oder die Ermittlung der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung, die für die Kirchenverwaltungen von zentraler Bedeutung ist.

Mit Hilfe der gebäude- und wohnungsstatistischen Fragestellungen soll natürlich zuerst einmal das klassische Anliegen der Gebäude- und Wohnungszählungen erfüllt werden, nämlich die Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes zu ermitteln. In Ergänzung des Erhebungsprogramms der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 werden außer den Anstalten diesmal nicht nur die Gebäude mit Wohnraum erfaßt, sondern der gesamte Gebäudebestand sowie alle bebauten Grundstücke. Nichtwohngebäude wurden zuletzt bei der Volkszählung 1950 gezählt, die Erhebung aller bebauten Grundstücke wird 1981 die erste ihrer Art sein. Die Verbindung der Volks-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung zu einem Zählwerk ermöglicht eine komplexe Darstellung der Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten.

Die Arbeitsstättenzählung wird sich wie 1970 wieder auf alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft erstrecken. Sie soll einen Überblick über Zahl, Größe und Struktur der Unternehmen und ihrer Arbeitsstätten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung liefern. Darüber hinaus bildet sie eine Auswahlgrundlage für nachfolgende Zählungen in einzelnen Bereichen der Wirtschaft.

Wenn auch durch die Verzahnung von Volkszählung, Grundstückserhebung, Gebäude- und Wohnungszählung und die Erhebung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten eine Vielzahl von zum Teil neuen Auswertungsmöglichkeiten geschaffen werden könnte, so sollte der diese Zeilen lesende künftige „Konsument“ der Ergebnisse der Volkszählung 1981 dennoch nicht in Euphorie ausbrechen; denn der vom oben erwähnten Abteilungsleiterausschuß gesetzte Kostenrahmen verhindert insbesondere beim gebäude- und wohnungsstatistischen Teil der Zählung, daß der Erhebungsumfang über die wenigen für unverzichtbar gehaltenen

Merkmale hinaus ausgeweitet wird. Damit sind natürlich auch die Grenzen der Auswertbarkeit bestimmt. Ob die Fülle der bisher unberücksichtigten Forderungen insbesondere der Städteplaner durch eine eigene Gebäude- und Wohnungszählung in der Mitte der 80er Jahre wenigstens teilweise erfüllt werden kann, ist gegenwärtig zumindest sehr zweifelhaft.

Stand der Vorbereitung und Terminplanung

Zu Beginn des Jahres 1977 hat das Statistische Bundesamt das Konzept der Volkszählung 1981 vorgelegt, das es zusammen mit den zuständigen Bundesministerien entwickelt hatte. Gleichzeitig wurde eine aus Vertretern von fünf Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt bestehende Arbeitsgruppe gebildet, die koordinierende und empfehlende Aufgaben hat; denn in den Landesämtern und im Bundesamt sind in der Regel mehrere Referate für die Zählung zuständig. So ist in Schleswig-Holstein zwar die Zuständigkeit für den bevölkerungs- und wohnungsstatistischen Teil der Zählung zusammengefaßt, die Durchführung der Arbeitsstättenzählung obliegt aber einem anderen Dezernat. Diese Arbeitsgruppe hat nun den vom Bundesamt vorgelegten ersten Entwurf des Konzeptes überarbeitet und weitergeleitet.

Das Konzept ist inzwischen vom Statistischen Beirat, von den Leitern der Statistischen Landesämter, von den zuständigen Fachausschüssen und den für die Volks-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung zuständigen Referenten der Statistischen Landesämter und des Bundesamtes beraten und ausgefeilt worden. Auch mit den Dienstaufsichtsbehörden der Länder ist es besprochen worden.

Im Gegensatz zur Vorbereitung früherer Großzählungen ist diesmal das Konzept der Zählung weitgehend zentral entwickelt worden. Da außerdem die Wünsche der Bundesregierung bisher weitgehend den Charakter des Erhebungsprogramms bestimmt haben, bestehen von seiten der Länder und vor allem des Deutschen Städtetages eine Reihe von Zusatzwünschen, die sich fast ausnahmslos auf den gebäude- und wohnungsstatistischen Zählungsteil beziehen. Dieser Teil des Erhebungsprogramms ist also noch nicht ausdiskutiert. Da aber kaum Spielraum für die Berücksichtigung von Ergänzungswünschen besteht, ist nicht mehr mit einer grundlegenden Änderung des Fragenkataloges zu rechnen.

Zwischen der Formulierung des Zählungskonzeptes und dem Produkt der Zählung, nämlich der Lieferung der gewünschten Ergebnisse, liegen zahlreiche Bearbeitungswege und -stufen. Im Rahmen dieses Aufsatzes können nur die wichtigsten genannt werden:

1. Übergreifende Planungs- und Koordinierungsaufgaben
 - 1.1 Abstimmung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms auf die bei Landes- und Bundesstatistik für die Zählung verfügbaren Arbeitskapazitäten, Kalkulation zusätzlicher Mittel
 - 1.2 Verhandlungen mit den auftraggebenden Ressorts
 - 1.3 Festlegung des endgültigen Arbeitsablaufplanes
 - 1.4 Terminüberwachung und steuernder Eingriff in den Arbeitsablauf bei unvorhergesehenen Schwierigkeiten
2. Vorbereitung der Zählung
 - 2.1 Entwurf der Erhebungspapiere
 - 2.2 Planung des Erhebungsverfahrens
 - 2.2.1 Organisation und Ordnungssystem
 - 2.2.2 kleinräumliche Gliederung von Gemeinden
 - 2.2.3 Probeerhebungen
 - 2.3 Vorausgehende Aufbereitungsarbeiten
 - 2.3.1 Entwurf des Tabellenprogramms und der Plausibilitätskontrollen
 - 2.3.2 Spezifizierung der Tabellen und Plausibilitätskontrollen
 - 2.3.3 Programmierung
3. Durchführung der Zählung
 - 3.1 Grundstücks- und Gebäudevorerhebung, Einrichtung der Zählungsdienststellen
 - 3.2 Aufbau der Zählerorganisation
 - 3.3 Die Erhebung im engeren Sinne
 - 3.4 Kontrolle der Erhebungspapiere in den Zählungsdienststellen, Versand an das Statistische Landesamt
 - 3.5 Prüfung und Signierung der Erhebungspapiere
 - 3.6 Maschinelle Aufbereitung
 - 3.7 Tabellierung
4. Veröffentlichung, Auswertung und Archivierung

Fast alle hier genannten Arbeitsschritte werden in enger Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen

Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vollzogen, viele auch unter Mitwirkung der kommunalen Gebietskörperschaften.

Die ersten drei der in Punkt 1 genannten Aufgaben sind bereits in Angriff genommen worden. Ferner sind der Entwurf der Erhebungspapiere (2.1) und die Planung des Erhebungsverfahrens (2.2) — abgesehen von der Durchführung der Probeerhebung — fast abgeschlossen. Ein Entwurf des Tabellenprogramms liegt ebenfalls vor.

Die oben genannten Arbeitsschritte werden selbstverständlich nicht streng nacheinander erledigt, sondern sie überlappen sich häufig. Das hängt nicht nur mit der verschiedenen Länge der Arbeitsphasen, sondern auch mit den verschiedenen Zuständigkeiten der Bundes- und Landesstatistik zusammen. Die übergreifenden Planungs- und Koordinationsaufgaben obliegen nämlich weitgehend dem Statistischen Bundesamt, während die technische Durchführung der Zählung Sache der Statistischen Landesämter ist.

Gegenwärtig werden in den Statistischen Landesämtern die voraussichtlichen Kosten der Zählung kalkuliert. Die Höhe und das Gefüge der kalkulierten Kosten bildet diesmal den Maßstab für den Zuschnitt des Zählungskonzeptes und ihr antizipatorischer Charakter könnte während der parlamentarischen Behandlung des Zählungsgesetzes im Brennpunkt der Diskussion stehen; denn nach den bisherigen Aussagen maßgeblicher Stellen ist nur das Erhebungsprogramm variabel, nicht jedoch der Kostenrahmen. Das bedeutet im Klartext eine weitere Einschränkung des gegenwärtigen Minimalprogramms, sofern die kalkulierten Zählungskosten deutlich über der angegebenen Grenze von 290 Mill. DM (in Preisen von 1975) liegen sollten.

Nach den bisherigen Terminvorstellungen soll das Zählungsgesetz Ende 1978 verabschiedet sein, damit 1979 die im Gesetz zu verankernde Probezählung ablaufen kann. Diese einzige Probezählung, ein Fragebogen- und Organisationstest, dürfte eine ausreichende Vorbereitung sein, da bereits 1978 der Wohnungs- und Haushaltsbogen getestet werden soll. Außerdem liegen in bezug auf den Grundstücks- und Gebäudebogen Erfahrungen aus den beiden Probeerhebungen vor, die der geplanten Gebäude- und Wohnungszählung 1975 vorausgegangen sind.

Etwa ½ Jahr vor dem Zählungstichtag, also im Herbst 1980, soll dort eine Gebäudevorerhebung stattfinden, wo eine Zählung des Gebäudebestandes erfahrungs-

gemäß kompliziert oder zeitaufwendig ist, z. B. bei verschachtelter Bauweise in Innenstadtgebieten oder in Gebieten, in denen der Gebäudeeigentümer oder -verwalter häufig nicht im Gebäude erreichbar ist. Diese Gebäudevorerhebung wird hauptsächlich auf postalischem Weg erfolgen. In nicht wenigen Fällen wird man aber auch Ortsbegehungen durchführen müssen, um dem Zähler für die Hauptzählung genaue Anweisung geben zu können.

18 Monate nach dem Zählungstichtag sollen erste endgültige Ergebnisse vorliegen. Das werden wieder wie 1970 die Gemeindeblätter⁴ des Volkszählungsteils sein (noch früher werden Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung veröffentlicht werden, die wegen ihres ungleich geringeren Umfangs natürlich zügiger aufbereitet werden kann). Im übrigen soll das Tabellenprogramm im Gegensatz zu 1970 wesentlich früher ausgedruckt sein. Das will man durch zeitigeres Programmieren und Kürzen der Vorrattabellierung erreichen. Über die Vorrattabellierung hinausgehende Wünsche will man dadurch erfüllen, daß man zusätzliche Kapazitäten für ad-hoc-Aufbereitungen zur Verfügung hält.

Noch mehr als 1970 werden diesmal kleinräumliche Ergebnisse nachgefragt werden. Da diese Daten schneller als andere veralten, werden sie 1981 rascher als 1970 aufbereitet werden müssen. Es ist daher wünschenswert, sie unmittelbar nach dem Ausdruck der Gemeindeblätter zu erstellen.

Das Erhebungsprogramm

Die Angaben zu den Zählungsteilen Volkszählung und Gebäude- und Wohnungszählung sind auf insgesamt vier maschinenlesbaren Fragebogenseiten untergebracht, während für die Arbeitsstättenzählung wie 1970 ein vierseitiger Ablochbeleg vorgesehen ist. Dabei werden die Grundstücke und Gebäude in einem vierseitigen Beleg eingetragen, von dem aber nur eine Seite maschinenlesbar ist⁵. Aus erhebungstechnischen Gründen ist der einseitige Wohnungsbogen mit einem zweiseitigen Haushaltsbogen⁵ zusammengefaßt

4) Die Gemeindeblätter sind eigene ADV-Ausdrucke für jede Gemeinde, die die wichtigsten Strukturzahlen des Volkszählungsteils des Zählungswerks enthalten.

5) Bei mehr als einem Gebäude auf einem Grundstück und bei 6 und mehr Personen im Haushalt müssen weitere Erhebungspapiere verwendet werden

worden. Im Gegensatz zu 1970 konnte sich der Personenbogen diesmal nicht durchsetzen: Der höhere Schreibaufwand — der Zähler muß jede (achtstellige) Kenn-Nummer der Erhebungspapiere in Zählerlisten übertragen — und die aufwendigere maschinelle Zusammenführung der verschiedenen Erhebungspapiere miteinander und mit der Zählerliste waren die entscheidenden Argumente gegen den Personenbogen.

Die einzelnen Fragebogen enthalten im wesentlichen folgende Merkmale:

im **Grundstücks- und Gebäudebogen** werden zunächst folgende grundstücksbezogene Fragen gestellt:

- Größe des Grundstücks
- Größe der überbauten Fläche aller auf diesem Grundstück stehenden Bauwerke
- evtl. bestehendes Erbbaurecht an dem Gebäude
- Zahl der Kfz-Stellplätze

Es ist gegenwärtig noch offen, ob statt der überbauten Fläche aller Bauwerke des Grundstücks die Flächen für jedes Gebäude einzeln erhoben werden sollen. Dies wäre dann ein gebäudebezogenes Merkmal.

Im **gebäudestatistischen** Teil des Grundstücks- und Gebäudebogens soll ermittelt werden:

- Art des Gebäudes
- Baujahr
- Geschoßzahl
- Eigentumsverhältnis
- Gesamtnutzfläche
- Nutzung
- Anstaltseinrichtungen
- öffentliche Förderung.

Es war bisher vorgesehen, die Gesamtnutzfläche des Gebäudes in m² anzugeben und die Nutzung nach höchstens 10 Nutzungskategorien zu unterscheiden, wobei jeweils Haupt- oder Nebenzweck angestrichelt werden kann. Diese Lösung wird als unzureichend angesehen, da sich dann das Ausmaß der einzelnen Nutzungsarten nicht genau genug bestimmen läßt. Ein neuer Vorschlag, der die Fläche für einzelne Nutzungsarten als Prozentangaben vorsieht, hat dagegen gute Aussichten verwirklicht zu werden.

Gegenüber dem für 1975 vorgesehenen Erhebungsprogramm fehlen vor allem die Fragen nach der Abwasserbeseitigung, nach der sozialen Stellung der

Gebäudeeigentümer, nach der Beheizung des Gebäudes und nach Instandsetzungen und Modernisierungen in den letzten Jahren. Die Aufnahme der beiden letztgenannten Fragen in den Gebäudebogen wird von mehreren Bundesländern vehement gefordert und steht im Mittelpunkt der noch anhaltenden Diskussion über das Erhebungsprogramm des gebäude- und wohnungsstatistischen Zählungsteils.

Der von den Haushalten auszufüllende **Wohnungsbogen** enthält Fragen über

- Besitzverhältnis
- Nutzung als Freizeitwohnung
- Belegungsdauer
- Fläche und Raumzahl
- Ausstattung der Wohnung
- Monatsmiete
- Dauer des evtl. Leerstehens

Als Ergänzung wird besonders die Angabe nach der Motorisierung des Haushalts und eine feinere Darstellung der Merkmalsausprägungen der Wohnungsausstattung gefordert.

Die Fragen des Volkszählungsteils bilden den bereits erwähnten zweiseitigen **Haushaltsbogen**. Auf eine ergänzende repräsentative Erhebung wie 1970 wird diesmal verzichtet. Dafür ist der Totalteil der Zählung umfangreicher als 1970. Außer den herkömmlichen Volkszählungsmerkmalen wie Geburtstag, Geschlecht, Familienstand, Stellung im Haushalt, Religion, überwiegender Lebensunterhalt, Erwerbstätigkeit gibt es folgende Fragenabschnitte:

- zweite Wohnung
- Staatsangehörigkeit (nur deutsch/nicht deutsch)
- höchster Schulabschluß an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und an Hochschulen
- Hauptfachrichtung des letzten Schulabschlusses
- Stellung im Beruf
- Wirtschaftszweig, in dem erwerbstätige Haushaltsmitglieder arbeiten
- ausgeübte Tätigkeit (Beruf)
- Art und Dauer einer praktischen Berufsausbildung (erlernter Beruf)
- pendlerstatistische Merkmale Verkehrsmittel und Zeitaufwand, getrennt nach Berufspendlern und Ausbildungspendlern.

Gegenüber dem Totalteil der Volkszählung 1970 fehlen die Fragen nach der Nationalität von Ausländern, der wöchentlichen Arbeitszeit und der Schularart der Schüler und Studenten. Stark gekürzt ist die Frage

nach der Stellung innerhalb des Haushalts, bei der 1981 nur zwischen Haushaltsvorstand und übrigen Haushaltsmitgliedern unterschieden werden kann. Durch die Kombination mit anderen Merkmalen lassen sich haushalts- und familienstatistische Auswertungen vornehmen, sie werden aber nicht mehr so differenziert sein wie 1970.

Während 1970 die Wohnbevölkerung der zentrale Bevölkerungsbegriff war, wird es 1981 die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung sein, sofern das Melderecht rechtzeitig reformiert wird. Vor allem aus Gründen der Vergleichbarkeit soll aber noch zusätzlich die Wohnbevölkerung ermittelt werden.

Aus finanziellen Gründen sollen die ausgeübte Tätigkeit, die praktische Berufsausbildung und die Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses zwar total erhoben, aber nur in einer 10%-Stichprobe aufbereitet werden. Dasselbe gilt für die zweistellige Gliederung der Wirtschaftszweige (Wirtschaftsgruppen), während die einstellige Gliederung (Wirtschaftsabteilungen) total aufbereitet werden soll.

Besonders von seiten der Landesplaner wird die Einbeziehung von Einkommensangaben und vor allem der Nationalitäten der Ausländer gefordert. Da auf dem Haushaltsbogen kaum weiterer Platz vorhanden ist, haben diese Ergänzungswünsche nur eine geringe Chance der Realisierung.

Organisation und Ordnungssystem

In das Konzept des Ordnungssystems der Zählung 1981 sind die Erfahrungen mit der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und mit der Volkszählung 1970, bei der erstmalig automatische Belegleser für Massenarbeiten eingesetzt wurden, eingeflossen. Das Ordnungssystem 1981 hat vor allem die Aufgabe, die anfallenden Daten so zu erfassen, daß sich ein eindeutiger Bezug zwischen den Angaben zu den Erhebungseinheiten Grundstücke, Gebäude, Wohnungen, Haushalte, Personen und Arbeitsstätten herstellen läßt⁶. Darüber hinaus muß die Auswertbarkeit auch für kleinste räumliche Einheiten gewährleistet sein.

⁶ Aus organisatorischen, rechtlichen (Geheimhaltungsbestimmungen!) und finanziellen Gründen wird die Verbindung der Arbeitsstättenzählung zu den anderen Zählungsteilen bei weitem nicht so eng sein wie bei diesen untereinander

Das wichtigste Ordnungspapier ist daher die Zählerliste, die die einzelnen Erhebungspapiere miteinander verknüpft und auf den kleinsten räumlichen Baustein, das Grundstück, bezieht. Der technische Vorgang ist einfach: In aufsteigender Folge der Hausnummern werden die vorgedruckten Nummern der jeweiligen Grundstücks- und Gebäudebogen in die Zählerliste eingetragen, dazu zeilengerecht die laufende Nummer des Gebäudes (um mehrere Gebäude auf einem Grundstück identifizieren zu können), die laufende Nummer der Wohnung(en) und Arbeitsstätte(n) im Gebäude, die vorgedruckte(n) Haushalts- und Wohnungsbogennummer(n) und die vorgedruckte(n) Nummer(n) des Arbeitsstättenbogens. Da diese Angaben abgelocht werden, ist die maschinelle Zusammenführung der verschiedenen Zählungsteile gewährleistet. Neben der Bildung von Einzelsätzen (grundstücksweise) erlaubt die Verbindung der verschiedenen Erhebungsteile in der Zählerliste zugleich eine Vollständigkeitskontrolle; denn jede Nummer eines Erhebungspapieres ist sowohl in der Zählerliste enthalten und mit ihr abgelocht worden als auch beim Lesen des einzelnen Erhebungsbogens auf Magnetband gespeichert worden (mit Ausnahme des abzulochenden Arbeitsstättenbogens). Damit ist die Voraussetzung gegeben, um unpaarige Fälle — Erhebungspapiere ohne zuzuordnende Zählerlistennummer oder Zählerlistennummern ohne Erhebungspapiere — zu bereinigen.

Die Zählerliste erfüllt aber noch eine weitere Funktion. Als einziges Papier enthält sie die Regionalangaben und schafft damit erst die Voraussetzung, die Einzelsätze durch Zuführung dieser Ordnungsangaben räumlich zu identifizieren. Diese räumliche Identifikation wird über folgende, in den Kopf der Zählerliste einzutragende Ordnungsmerkmale gesichert:

- die achtstellige Gemeindegeschlüsselnummer
 - eine dreistellige Zusatznummer für Gemeindeteile oder Stadtbezirke
 - eine vierstellige Nummer für Baublöcke oder Blockseiten
 - einen fünfstelligen Straßenschlüssel
- und die
- vorgedruckte Zählerlistennummer, aus der zusammen mit der Beschreibung des Zählbereiches (Straße mit entsprechenden Hausnummern) hervorgeht, welches Gebiet des Blocks oder des Gemeindeteils diese Zählerliste abdeckt.

Um die Einzelergebnisse einfacher und schneller maschinell weiterverarbeiten zu können, werden je

Zählerliste Zwischensummen gebildet, die in vielen Bearbeitungsphasen eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus erlauben sie, auf relativ einfache Weise Ergebnisse in kleinräumlicher Gliederung zu erstellen. Um z. B. Blockergebnisse zu erhalten, wären die Sätze der etwa vier Zählerlisten, die einen Baublock in der Regel beschreiben, zu summieren und auszudrucken.

Die Erstellung kleinräumlicher Ergebnisse auf der Grundlage von Zählerlistensummen setzt aber eine Abgrenzung des in einer Zählerliste aufgenommenen Gebietes voraus, die gewährleistet, daß die Zählerliste als regionaler Baustein entsprechend angewendet werden kann. Das ist immer dann sichergestellt, wenn eine Zählerliste höchstens einer Blockseite zugeordnet wird, in der Regel also den durch zwei Querstraßen begrenzten Abschnitt einer Straßenseite. Nur dann sind Blockseite und Zählerliste identisch (abgesehen von den wenigen Fällen, in denen eine Zählerliste nicht ausreicht, um Blockseitendaten aufzunehmen, so daß dann zwei oder mehr Zählerlistensummen der Blockseitensumme entsprechen) und man kann durch Summierung mit weiteren Zählerlisten schnell Ergebnisse für beliebige räumliche Gebilde produzieren.

Ein anderes Verfahren ist die Zuordnung mit Hilfe einer sogenannten „Referenzdatei“ (vgl. dazu den Abschnitt kleinräumliche Gliederung).

Aus erhebungstechnischen Gründen werden Anstalten (wie Krankenhäuser, Garnisonen) mit Hilfe einer eigenen Zählerliste gesondert erfaßt, die sich aber nur unwesentlich von der oben beschriebenen unterscheidet. Im übrigen werden in Anstalten die gleichen Erhebungspapiere ausgeteilt wie in den anderen Zählbezirken.

Das eigentliche Zählen ist Aufgabe der Gemeinden. Zu diesem Zweck werden kurz vor dem Zählungstichtag in den Ämtern und amtsfreien Gemeinden Zählungsdienststellen eingerichtet, die nach Anleitung durch die Statistischen Landesämter die Zählung eigenverantwortlich durchführen. Es ist unter anderem auch Aufgabe der Zählungsdienststellen, eine ausreichende Zahl von Zählern zu werben, die die Erhebungspapiere austeilen, sie auf Wunsch auszufüllen helfen und wieder einsammeln. Dafür müssen allein in Schleswig-Holstein etwa 25 000 Zähler tätig werden.

Nachdem das von den Zählern an die Zählungsdienststellen gegebene Material dort auf Vollständigkeit überprüft worden ist, wird es zur weiteren Bearbeitung an die Statistischen Landesämter gegeben. Damit ist

die Aufgabe der regionalen Zählungsdienststellen im wesentlichen abgeschlossen.

Kleinräumliche Gliederung

Kleinste regionale Bezugsgröße für die Darstellung vieler Statistiken war seit jeher die Gemeinde. Ergebnisse für Ortsteile, die in der Regel nach rein administrativen Gesichtspunkten abgegrenzt waren, gab es meist nur für größere Städte. Inzwischen ist der Bedarf nach Ergebnissen für noch kleinere regionale Einheiten gewachsen. Während es schon seit der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 üblich ist, Blockergebnisse für Städte aufzubereiten, wird der Forderung nach Ortsteilergebnissen auch für größere Landgemeinden erstmals im Rahmen des Zählungswerks 81 entsprochen werden.

Zwei Gründe sind dafür maßgebend: Zum einen nehmen Planungsvorhaben unterschiedlicher Art, die das Vorhandensein meist kleinräumlicher Daten notwendig machen, seit Jahren zu; um zum Beispiel die Lage von neuen Schulen oder Kindergärten oder die Linienführung eines Schulbusses optimal festlegen zu können, ist es entscheidend zu wissen, wie sich die Kinder der entsprechenden Jahrgänge auf das Gemeindegebiet verteilen. Zum anderen beschließen die Länder, ebenfalls seit Jahren, Gebietsänderungen, meist in Form von Gemeindezusammenschlüssen; sie führen dazu, daß die Gesamtzahl der Gemeinden des Landes sinkt und damit die durchschnittliche Größe und Einwohnerzahl der verbleibenden Gemeinden steigt. Wenn statistische Ergebnisse nicht für Ortsteile oder Altgemeinden vorgesehen sind, führt diese Entwicklung zu immer größer werdenden Informationslücken; für die von Gebietsänderungen betroffenen Gemeinden würden jegliche Vergleichsmöglichkeiten mit den Ergebnissen früherer Zählungen fehlen.

Um Ergebnisse für Gemeindeteile auch von Landgemeinden aufbereiten zu können, wurde der bisherige achtstellige Gemeindegemeinschaftsschlüssel um drei Stellen erweitert, die für den Nachweis von Ortsteilen zur Verfügung stehen. Die Kennzahl der einzelnen Ortsteile ist in die Zählerliste einzutragen und abzulochen. Voraussetzung für eine einwandfreie Aufbereitung ist natürlich eine eindeutige Zuordenbarkeit der Zählerliste: Jede Zählerliste darf bei diesem Verfahren nur Angaben zu einem Ortsteil enthalten. Wie bereits gesagt, gilt das auch für mehrstufige Gliederungssysteme, z. B. einer Raumgliederung nach Baublöcken oder Blockseiten,

die für große Gemeinden und Städte in Frage kommen.

Ein eleganteres Verfahren ist die Zuordnung der einzelnen Adressen (Straße, Hausnummer) zu größeren, beliebig abgrenzbaren Gebietseinheiten. Über ein Leitband („Referenzdatei“), in dem angegeben ist, aus welchen Adressen jedes nachzuweisende kleinräumliche Gebiet besteht (Block, Blockseite, Stimmbezirk, Impfbezirk usw.), wird jede Adresse zugeordnet, so daß nach der Summenbildung ein Ergebnis für dieses Gebiet ausgedruckt werden kann. Gegenüber dem vorher genannten starren Verfahren einer Zuordnung der Zählerlisten zu Gebietseinheiten, die unbedingt vor der Zählung definiert werden müssen, hat das letztgenannte Verfahren zwei große Vorteile: Durch den Rückgriff auf die Adresse besteht die Möglichkeit, auch für Gebiete Ergebnisse zu bilden, an die zum Zeitpunkt der Zählung noch niemand denkt, oder die dann noch gar nicht gebildet werden können (z. B. neue Einteilung der Wahlkreise) und die sich vielleicht nicht aus ganzen Zählerlisten bilden lassen; zum anderen ist es möglich, nicht nur Material der Großzählungen, sondern jegliches adressenbezogene Material (z. B. aus dem Einwohnermelderegister) für kleinräumliche Auswertungen zu verwenden.

Da bei beiden Verfahren eine eindeutige Zuordnungsmöglichkeit der Adressen zu den gewünschten Gebietseinheiten vorher gewährleistet sein muß, sind sorgfältige Vorarbeiten in jedem Fall erforderlich. Die Gemeinde muß Zweifelsfragen möglichst vor der Zählung klären — z. B. dürfen Gebäude mit mehreren Straßennamen und Hausnummern nur eine Adresse erhalten —, damit der Zähler sein Zählgeschäft einwandfrei durchführen kann. Das leistungsfähigere, aber vermutlich teurere Verfahren der Referenzdatei empfiehlt sich immer dann, wenn auch die Vorteile dieses Verfahrens, nämlich die universelle Anwendbarkeit und die Möglichkeit, jederzeit beliebige Gebiete zu bilden, genutzt werden können⁷.

Das Statistische Landesamt wird sich in dieser Angelegenheit rechtzeitig mit den Städten und Gemeinden unseres Landes beratend in Verbindung setzen, um räumliche Gliederungen zu erreichen, die langfristig bestehen können.

Jörg Rüdell

7) Ein ganz anderer Ansatz (das sogenannte Planquadratverfahren und ähnliche Techniken) soll hier außer Betracht bleiben, da er sich schon aus Kostengründen wenig für die amtliche Statistik eignet

Kurzberichte

Über die Wohnungsstichprobe 1978

Am 14. Dezember 1977 ist das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiet des Wohnungswesens (Wohnungsstichprobengesetz 1978) verkündet worden. Es ordnet eine bundesweite Erhebung über Gebäude, Wohnungen, Wohnparteien und die Wohnumgebung an. Wohnungsstichproben fanden bisher etwa alle sechs Jahre statt — zuletzt 1972 —, um die Informationslücken zwischen den Großzählungen des Gebäude- und Wohnungsbestands zu schließen. Sowohl die Stichproben als auch die Totalzählungen werden durch Einzelgesetze angeordnet und können dadurch im Inhalt je nach dem aktuellen Informationsbedarf variiert werden.

Die wesentlichen Inhalte der 1%-Stichprobe 1978 sind

- bei allen ausgewählten Gebäuden Eigentümer, Grundstücksgröße, Zahl der Geschosse und Wohnungen, Art der Beheizung und der verwendeten Heizenergie, Größe und Nutzungsart der nicht für Wohnzwecke genutzten Flächen,
- bei den Wohngebäuden (mehr als 50 % der Gesamtfläche für Wohnzwecke) außerdem Art und Höhe der Betriebs- und Erhaltungskosten, Mieteinnahmen, Versicherungswert, Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten seit 1973,
- bei den Wohnungen Art, Größe und Ausstattung, Art der Nutzung der Räume, Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus, bei Mietwohnungen die Höhe der Miete,
- bei den Wohnparteien die Haushaltsmitglieder nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Erwerbstätigkeit, bei Wohngeldbezug die Höhe des Wohngeldes, bei Untermietern Fläche und Einrichtung der gemieteten Räume und Miethöhe,
- die Wohnumwelt und ihre Beurteilung durch die Wohnungsinhaber.

Die kommende Wohnungsstichprobe übernimmt also den überwiegenden Teil des Fragenprogramms der Erhebung 1972. Nicht wieder erfragt werden einige städtebaulich relevante Angaben wie Geschoß- und Grundflächen. Erweitert wurde dagegen der Fragenteil zur Wohnumwelt, der von den Auskunftspflichtigen auch Angaben über Entfernungen zu Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel, Schulen, Grünanlagen usw. sowie über Verkehrsverbindungen und Lärmbelästigung verlangt. Noch stärker subjektiv geprägt sind die

Fragen zur Beurteilung der Wohngegend und der Größe, Ausstattung und Kosten der Wohnung. Die Stichprobe wird brauchbare Daten zur Mietstruktur, zum Stand der Altbaumodernisierung, zu den Eigentumsverhältnissen und vieles mehr liefern können.

Daneben sind aber umfassende Informationen in kleinräumlicher Gliederung unverzichtbar. Die für 1975 vorgesehene Gebäude- und Wohnungszählung, die diese Informationen geliefert hätte, blieb aus, weil über das dazu nötige Gesetz keine Einigung erzielt werden konnte. Eine dringend erforderliche neue Totalzählung ist für 1981 zusammen mit der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vorgesehen.

Aus Kostengründen wird wie auch schon 1972 die Wohnungsstichprobe 1978 zusammen mit der jährlichen Repräsentativerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) durchgeführt. Dafür fallen im Mikrozensus die für 1978 ursprünglich vorgesehenen Fragen zur Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte weg; andererseits brauchen viele haushalts- und personenbezogene Fragen in die Bogen der Wohnungsstichprobe nicht aufgenommen zu werden, weil ihre Ergebnisse im Mikrozensus anfallen und übernommen werden können. Der Kostenvorteil liegt aber insbesondere in der Nutzung der für den Mikrozensus bereits bestehenden Interviewerorganisation: 1978 werden wie schon 1972 den in der 1%-Stichprobe des Mikrozensus enthaltenen Haushalten auch die Fragen der Wohnungsstichprobe gestellt. Wegen des Kostenvorteils wird abermals in Kauf genommen, daß die nur nach bevölkerungsstatistischen Gesichtspunkten in die Auswahl des Mikrozensus gelangten Haushalte in Wohnungen und Gebäuden leben, die nicht zwangsläufig auch einer methodisch sauberen Stichprobe des Wohnungsbestandes entsprechen. Außerdem bleibt mit einiger Skepsis abzuwarten, ob der Fragenteil der Wohnungsstichprobe trotz aller Kürzungsbemühungen nicht zu umfangreich ausgefallen ist, um von den Berichtspflichtigen bei angemessener und zumutbarer Interviewzeit noch vollständig und genau beantwortet zu werden. Die Befragungen werden Anfang Mai beginnen und sollen bis Ende Mai abgeschlossen sein. Erste Ergebnisse sind für Ende 1979 zu erwarten.

Bernd Struck

Vergleiche auch: „Zum Konzept der Wohnungsstichprobe 1978“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7/1977, S. 437

Eheschließungen und Ehescheidungen

Während die Eheschließungen weitgehend vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängen, steht die Zahl der gerichtlichen Ehelösungen eng mit der Ausgestaltung des diesbezüglichen materiellen und formellen Rechts in Zusammenhang. Der vom geschichtlichen Auf und Ab der letzten Jahrzehnte geprägte Altersaufbau unserer Bevölkerung hat dazu geführt, daß die Eheschließungszahlen in den letzten 30 Jahren stark schwanken: 1947 heirateten 26 400 Paare, 1948 gar 27 700. Dann fielen diese Zahlen, bis 1954 nur noch 17 100 Heiraten registriert wurden. Nach diesem Tiefpunkt stiegen die Heiratszahlen kontinuierlich und um das Jahr 1962 wurden wieder die Werte von 1951 erreicht, als 22 500 standesamtliche Trauungen erfolgten. Dann begann ein erneuter und diesmal länger andauernder Abfall der Heiratszahlen. 1975 wurden nur noch 15 000 Paare getraut.

Für die gerichtliche Ehelösung bietet sich ein anderes Bild. Zwar brachte das Kriegsende nicht nur ein "Hochzeitshoch", sondern auch eine Welle von gerichtlichen Ehelösungen. In den fünf Jahren von 1946 bis 1950 wurden 29 400 Ehen vor dem Richter gelöst, im Durchschnitt jährlich 5 900. In fast allen Fällen handelte es sich um eine Scheidung. Aufhebungen der Ehe und Nichtigkeitsfeststellungen spielten damals wie heute nur eine untergeordnete Rolle: nur 440, also eineinhalb

Prozent der 29 400 aufgelösten Ehen fielen unter diese beiden Arten. Heute ist ihr Anteil fast Null. Im Gegensatz zu den Eheschließungen zeigt die Kurve der gerichtlichen Ehelösungen jedoch keine Wellengestalt, sondern eine U-Form.

Zwischen 1956 und 1961 liegt das Tief; zum Teil wurden weniger als 2 000 Ehen gelöst. Langsam aber regelmäßig stiegen die Zahlen an. 1975 wurden 5 500 Ehen geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt. Den eigentlichen Ursachen der zunehmenden Scheidungszahlen läßt sich aufgrund der statistischen Zählblätter nicht nachgehen. Den Gründen, die den Gerichten zum Zweck der Scheidung vorgebracht werden und nach denen sie die Ehe scheiden, läßt sich nur entnehmen, daß sie vor allem auf das reibungslose Erreichen des Prozeßziels abgestellt sind. Fast alle Ehen werden heute nach § 43 EheG wegen einer ehezerrüttenden schweren Eheverfehlung oder eines ehezerrüttenden ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens eines oder beider Partner gelöst. Daß der Ehebruch häufiger als die acht Mal vorgekommen ist, in denen er 1975 der einzige vorgebrachte Scheidungsgrund war, dürfte wohl zu vermuten sein. Von der Scheidung mit betroffen waren 1975 7 300 Kinder, die meisten Minderjährige.

Jahr	Eheschließungen		Gerichtliche Ehelösungen							
	Anzahl	Je 1 000 Einwohner	insgesamt	Aufhebungen	Nichtigkeitsfeststellung	Ehescheidungen				
						Anzahl	Je 100 000 Einwohner	nach § 42 Ehegesetz 1)	nach § 43 Ehegesetz 1)	Kinder in den geschiedenen Ehen
								in %		
1946	21 604	8,4	4 897	39	21	4 837	188,5	12,8	79,4	.
1947	26 364	10,1	6 234	28	33	6 173	237,1	11,2	74,8	.
1948	27 734	10,5	6 393	28	75	6 290	238,2	10,0	76,7	.
1949	24 744	9,3	5 859	41	63	5 755	217,5	8,4	75,6	.
1950	24 937	9,6	6 004	54	62	5 888	226,7	7,9	75,5	.
1951	22 517	9,0	4 123	31	39	4 053	161,8	5,5	77,7	.
1952	19 608	8,0	3 378	12	28	3 338	136,8	5,9	79,8	.
1953	17 843	7,5	2 639	25	14	2 600	109,9	5,5	79,5	.
1954	17 072	7,4	2 325	15	20	2 290	99,3	3,9	81,5	3 050
1955	17 401	7,7	2 054	12	9	2 033	89,5	3,1	84,6	2 600
1956	18 019	8,0	1 931	16	16	1 899	84,3	3,1	86,7	2 500
1957	18 604	8,2	2 093	12	5	2 076	92,0	2,5	86,2	2 700
1958	19 853	8,8	1 933	9	9	1 915	84,5	2,5	86,4	2 400
1959	20 951	9,2	1 952	14	11	1 927	84,5	2,7	89,2	2 400
1960	21 804	9,5	1 987	17	6	1 964	85,6	2,3	89,4	2 400
1961	22 526	9,7	2 028	4	7	2 017	87,0	1,0	91,3	2 350
1962	22 651	9,7	2 092	10	9	2 073	88,9	1,4	92,3	2 500
1963	22 167	9,4	2 088	10	5	2 073	88,3	1,6	93,9	2 450
1964	21 893	9,2	2 357	9	5	2 343	99,0	1,3	93,6	2 850
1965	21 422	9,0	2 523	10	6	2 507	104,9	1,7	93,9	3 050
1966	20 750	8,6	2 624	4	3	2 617	108,3	1,1	94,6	3 200
1967	20 245	8,3	2 950	10	5	2 935	120,4	1,0	95,1	3 700
1968	19 845	8,1	3 052	6	2	3 044	123,9	0,5	93,5	3 900
1969	19 051	7,7	3 120	-	1	3 119	125,8	0,4	96,8	4 200
1970	18 591	7,5	3 519	2	4	3 513	140,9	0,3	97,4	4 700
1971	17 678	7,0	4 238	4	3	4 231	167,3	0,5	96,9	5 650
1972	16 481	6,5	4 309	2	4	4 303	168,5	0,4	97,4	5 600
1973	15 194	5,9	4 574	3	1	4 570	177,6	0,2	97,3	5 900
1974	14 979	5,8	4 610	-	1	4 609	178,5	0,4	97,7	6 000
1975	14 970	5,8	5 487	1	3	5 483	212,2	0,1	98,3	7 250

1) Das Ehegesetz (Gesetz Nr. 16 des Kontrollrats vom 20. 2. 1946) unterscheidet zwischen Scheidung wegen Verschuldens (Eheverfehlungen, §§ 42 und 43) und Scheidung aus anderen Gründen (§§ 44 bis 48). Dabei betrifft der § 42 den Ehebruch, der § 43 andere Eheverfehlungen, durch die ein Ehegatte die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet hat, daß die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann

Hinweis: Anschließzahlen siehe Statistische Berichte A II 1 (Natürliche Bevölkerungsbewegung) und A II 2 (Gerichtliche Ehelösungen)

Zur Methode

Eheschließungen und Ehelösungen werden statistisch durch Zählblätter erfaßt. Die Eheschließungszählblätter werden vom

Standesbeamten ausgefüllt, der die Heirat beurkundet; die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Registrierort. Nach jedem rechtskräftig abgeschlossenen Ehelösungsprozeß stellt die Geschäftsstelle des zuständigen Landgerichts ein Formblatt für das Statistische Landesamt aus.

Wohnungen

1950 gab es in Schleswig-Holstein rund 454 000 Wohnungen. Hiervon lagen 99 % in Wohngebäuden. Gegenüber 1939 war die Versorgungsrate von 274 auf 175 Wohnungen je 1 000 Einwohner gesunken. Das entspricht einer Steigerung der Belegungsdichte von 3,7 auf 5,7 Personen je Wohnung. Diese verminderte Wohnungsversorgung, die in Schleswig-Holstein hauptsächlich auf den Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen zurückzuführen ist, zwang zu intensiven Bemühungen auf dem Wohnungsbausektor. So wurden bereits 1950 17 300 Wohnungen gebaut. Bis 1958 kamen durchschnittlich 20 000 Wohnungen im Jahr hinzu. Dieser Schnitt stieg in den Folgejahren auf 26 600 Wohnungen. 1972 und 1973 kletterte die jährliche Bauleistung sogar auf über 30 000 Wohnungen. Der Rückgang in den Jahren danach hatte mehrere Ursachen. Zunächst war ein gewisser Sättigungsgrad vom Bedarf her erreicht. Darüber hinaus beeinträchtigte die vorübergehende Aussetzung der Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7 b EStG zwischen Mai und Dezember 1973, die Hochzinspolitik der Bundesbank, die unsichere Lage im Kostenbereich und die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Wohnbauleistungen, was mit entsprechender zeitlicher Verzögerung zu geringeren Produktionsziffern führte. Davon wurde besonders der Mietwohnungsbau betroffen.

Zwischen 1952 und 1955 lag der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen) an den Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden insgesamt bei 45 %. Dieser Anteil stieg auf durchschnittlich 50 % in den Jahren 1956 bis 1963, etwa 57 % zwischen 1964 und 1970 und erreichte schließlich seinen höchsten Wert in den Jahren 1971 bis 1974 mit 62 %. Der Abfall auf 36 % im Jahre 1976 ist abrupt. Wenn der Wohnungsbau in den letzten Jahren nicht völlig zum Erliegen kam, so auch deshalb, weil inzwischen breite Bevölkerungsschichten in Einkommensgruppen hineingewachsen sind, die den Erwerb eines "Häuschens im Grünen" ermöglichen. So wird heute der Wohnungsbau über-

wiegend vom Eigenheimbau getragen, allerdings auf wesentlich niedrigerem Niveau.

Für die Beurteilung der Wohnverhältnisse ist neben der Anzahl auch die Qualität der Wohnungen entscheidend. Von den zahlreichen erhobenen Ausstattungsmerkmalen, die erst in ihrer Gesamtheit ein genaues Bild vermitteln, können hier nur wenige aufgezeigt werden. Lange Zeit wurde der Nutzwert einer Wohnung am Vorhandensein einer Badeeinrichtung (Bad/Dusche) und/oder einer Zentralheizung (einschließlich Etagen- und Fernheizung) gemessen. 1950 noch eine Seltenheit (15 % bzw. 11 % des Bestandes), sind sie heute selbstverständlicher Bestandteil einer Neubauwohnung. Die Entwicklung war sprunghaft. In den ersten Nachkriegsjahren, als es darauf ankam schnell und billig zu bauen, wurde oft auf diesen "Komfort" verzichtet. So hatten 1953 nur 47 % der neugebauten Wohnungen ein Bad und sogar nur 5 % eine zentrale Heizversorgung. Aber schon in den sechziger Jahren überschritten die Anteile der Neubauwohnungen mit diesen Einrichtungen die 90 %-Grenze, so daß bei der Bestandsaufnahme durch die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 von 100 Wohnungen 65 ein Bad und 41 Zentralheizung hatten. Zwischen den Wohnungszählungen 1950 und 1968 nahm der Anteil der Wohnungen mit Anschluß an das Wassernetz von 55 % auf 85 % zu.

Das Ergebnis der Bautätigkeit nach dem Kriege spiegelt sich in der Zunahme des Bestandes an Neubauwohnungen wider: bereits 1968 entfiel fast die Hälfte des Bestandes an Wohngebäuden auf solche, die nach 1948 gebaut worden waren. Erheblichen Anteil an der günstigen Gesamtentwicklung im Wohnungsbau hatte die Einrichtung des sozialen Wohnungsbaues. Danach betrug der Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen bis 1961 über 50 %. Ab 1962 war ein stetiger Rückgang zu verzeichnen. 1976 erhielt nur noch jede neunte Wohnung Finanzierungshilfe im Sinne des § 6 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsgesetzes.

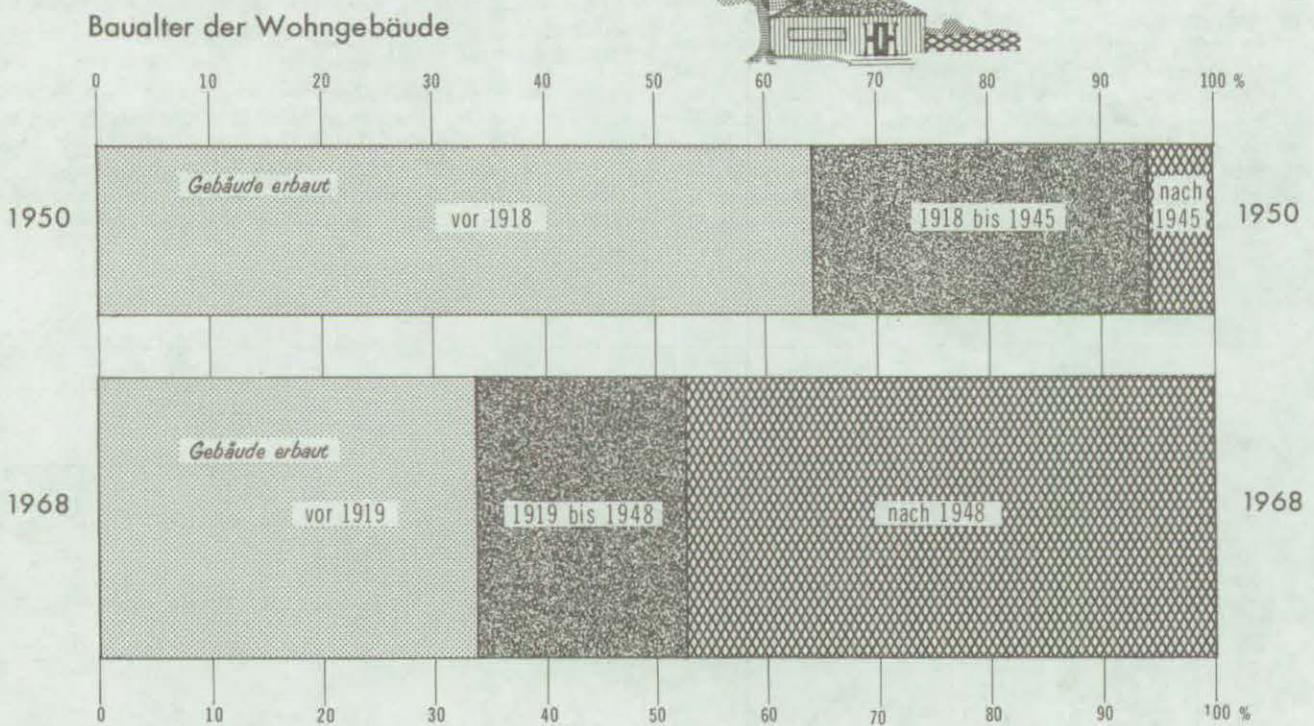
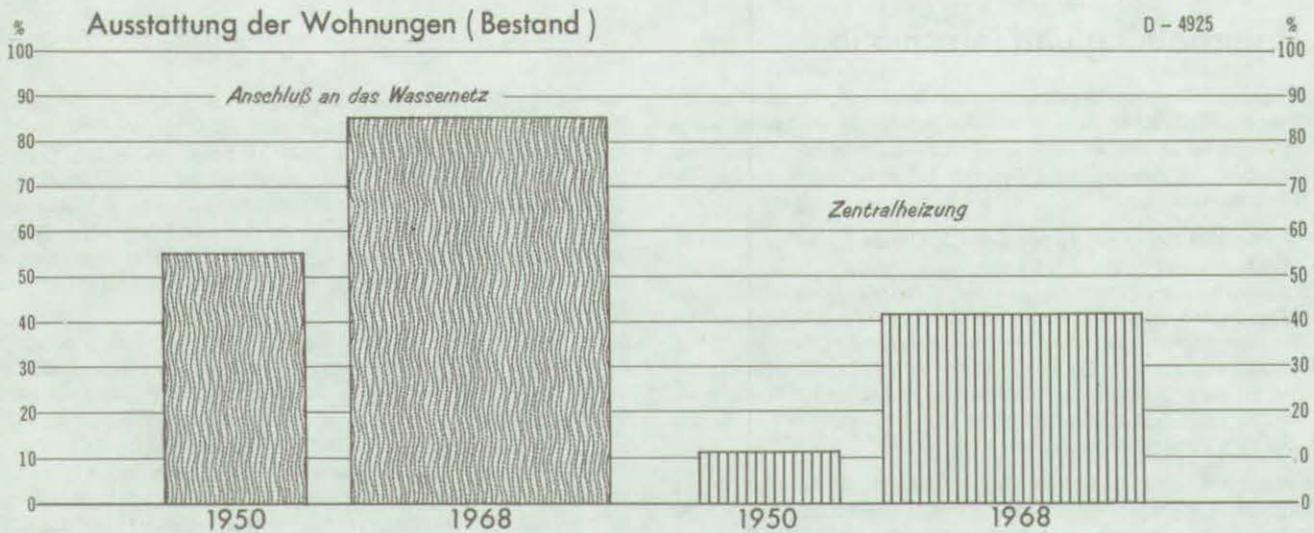
Stand Jahr	Wohngebäude					Wohnungen					
	insgesamt 1)	davon mit ... Wohnungen				in Wohn- gebäuden ¹⁾	mit		in Wohn- und Nichtwohngebäuden		
		1	2	3 und mehr			Bad	Zentral- heizung	insgesamt	darunter öffentlich gefördert	je 1 000 Einwohner (Sp. 9)
				Gebäude	Wohnungen						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Bestand											
13. 9.1950	253 302	161 942	54 017	37 343	178 136	448 112	15	11	454 199	.	175
6. 6.1961	345 752	211 612	76 729	57 411	296 485	661 555	.	.	674 783	.	291
25.10.1968	423 757	279 743	80 464	63 550	372 451	813 122	65	41	836 027	.	339
31.12.1976	503 129	332 265	70 864	1 039 868	.	403
Fertigstellungen (Rohzugang)											
1950	5 669	2 931	1 423	1 315	17 301	.	7
1951	6 088	2 800	1 522	1 766	11 953	17 797	.	.	20 232	.	8
1952	6 727	3 038	2 628	1 051	7 549	15 863	.	.	17 888	.	7
1953	8 472	4 505	2 783	1 184	8 517	18 588	47	5	20 693	14 654	9
1954	8 337	4 869	2 302	1 166	8 465	17 938	61	10	19 933	13 375	9
1955	8 961	6 426	1 597	938	6 557	16 177	65	21	18 322	10 433	8
1956	10 034	6 620	2 022	1 392	9 947	20 611	73	20	23 029	13 544	10
1957	8 992	5 791	1 808	1 393	10 030	19 437	73	25	21 822	13 801	10
1958	8 521	6 132	1 282	1 107	7 380	16 076	82	26	18 392	9 099	8
1959	10 824	7 596	1 564	1 664	12 026	22 750	89	33	25 278	13 446	11
1960	11 962	8 847	1 501	1 614	11 446	23 295	93	42	25 865	13 170	11
1961	11 853	8 845	1 426	1 583	11 640	23 337	94	48	25 949	13 203	11
1962	11 409	8 451	1 346	1 612	12 548	23 691	96	51	26 281	12 578	11
1963	11 718	8 992	1 257	1 469	11 305	22 811	97	61	25 570	11 778	11
1964	12 397	9 305	1 246	1 846	14 473	26 270	96	66	29 855	14 793	13
1965	11 978	9 289	1 095	1 594	14 843	26 322	96	74	29 363	13 710	12
1966	11 555	9 133	1 019	1 403	14 665	25 836	97	85	28 619	12 391	12
1967	11 924	9 572	1 018	1 334	13 867	25 475	98	91	28 694	10 326	12
1968	9 893	7 811	877	1 205	14 288	23 853	99	94	25 771	7 137	10
1969	9 407	7 446	889	1 072	13 047	22 271	98	96	24 110	5 417	10
1970	8 966	7 093	855	1 018	11 747	20 550	99	98	22 039	4 127	9
1971	10 675	8 327	1 111	1 237	15 694	26 243	100	98	28 276	4 590	11
1972	11 603	9 191	1 045	1 367	18 160	29 441	99	99	31 546	4 523	12
1973	12 071	9 574	1 209	1 288	21 048	33 040	99	99	35 246	4 211	14
1974	10 261	8 244	983	1 034	15 699	25 909	100	99	27 543	3 371	11
1975	8 618	7 192	738	688	9 726	18 394	100	100	19 609	2 443	8
1976	9 129	7 984	682	463	5 243	14 591	100	99	15 857	1 780	6

1) für den Abschnitt Fertigstellungen: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude

2) für den Abschnitt Bestand: Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Sp. 9)

für den Abschnitt Fertigstellungen: Wohnungen in Wohngebäuden (Sp. 6)

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte F II 2 (Baufertigstellungen)



Zur Methode

Der Bestand an Gebäuden und Wohnungen wird in mehrjährigen Abständen durch Totalzählungen ermittelt. Nach dem Kriege wurden derartige Bestandsaufnahmen in den Jahren 1950, 1956, 1961 und 1968 durchgeführt. Ab 1956 wurden mit diesen Zählungen nur Bauten erfaßt, in denen Raum zu Wohnzwecken genutzt wurde. Zwischen zwei Totalzählungen werden die wichtigsten Bestandszahlen auf der Basis der jeweils letzten Zählung mit den Nettoergebnissen (Reinzugang) der Bautätigkeitsstatistik jährlich fortgeschrieben. Der derzeitigen Fortschreibung liegen die Zahlen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 zugrunde. Der Reinzugang ergibt sich aus dem Saldo der Zu- und Abgänge. Die Zugänge allein werden als Rohzugang bezeichnet. In der Tabelle wird der jährliche Rohzugang nachgewiesen, da dieser ein Maß für die Bauleistung ist.

Bei der Darstellung der gebäudestatistischen Ergebnisse wird im allgemeinen unterschieden zwischen Wohngebäuden, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sonstigen Gebäuden (Nichtwohngebäuden), in denen die Wohnungen von untergeordneter Bedeutung sind und Unterkünften mit mangelhafter oder behelfsmäßiger Wohnmöglichkeit (Baracken, Nissenhütten, Wohnlauben usw.). Zu den Wohngebäuden zählen auch die landwirtschaftlichen Wohngebäude und bis 1950 die Behelfsheime mit mehr als 30 m² Wohnfläche sowie ab 1958 Wochenend- und Ferienhäuser mit mehr als 50 m² Wohnfläche. Die Wohnungsstatistik gliedert in Wohnungen und behelfsmäßige Wohngelegenheiten. Im Zweifelsfalle ist für die Zuordnung von Wohnraum zu den Wohnungen das Vorhandensein einer Küche oder vollausgebauten Kochnische maßgebend. Zu den Wohngelegenheiten (früher Notwohnungen) zählt der Wohnraum in Kellergeschossen, nicht vollausgebauten Dachgeschossen, in Unterkünften und Wohnraum mit behelfsmäßigen Kochnischen. In dieser Übersicht wurde behelfsmäßiger Wohnraum nicht berücksichtigt.

Unterhaltung und Information

Die folgenden Daten aus dem weiten Bereich der Unterhaltung und Information sind keine primärstatistischen Daten der amtlichen Statistik. Sie sind anderen Quellen entnommen und stammen aus den Unterlagen der Büchereizentralen Flensburg und Rendsburg, des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e. V. sowie der Deutschen Bundespost.

Im Jahre 1950 sind in Schleswig-Holstein 1,5 Millionen Bücher aus öffentlichen Büchereien entliehen worden, 1975 waren es 7,7 Millionen Bücher. In diesen 25 Jahren hat sich die Zahl der ausgeliehenen Bücher mehr als verfünffacht. Dabei ist die Zunahme in diesem Zeitraum – von kleinen zwischenzeitlichen Einbrüchen abgesehen – nahezu kontinuierlich verlaufen. 1954 hat jeder Einwohner im Schnitt ein Buch entliehen, 1971 sind es zwei Bücher und 1975 sogar drei Bücher gewesen. Bei dieser Berechnung darf nicht übersehen werden, daß alle Einwohner einbezogen worden sind, so zum Beispiel der noch nicht leistungsfähige Säugling, aber auch die in bezug auf Bücherentleihen unersättliche "Leseratte".

Unter einer Tageszeitung wird eine Zeitung verstanden, die mindestens zweimal wöchentlich erscheint. Dabei ist zwischen Haupt- und Nebenausgabe zu unterscheiden. Tageszeitungen, die regional weitverbreitet sind, bringen neben den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Informationen auf bestimmte Regionen zugeschnittene Lokalnachrichten. Diese Informationen unterscheiden sich in der Hauptausgabe und in den einzelnen Nebenausgaben. Die Ausgabe am Firmensitz der Zeitung wird im allgemeinen als Hauptausgabe bezeichnet, und die Regionalausgaben sind die Nebenausgaben. Die in der Zeitreihe aufgeführten Daten geben an, wie viele Tageszeitungen in Schleswig-Holstein hergestellt wurden und nicht, wie viele Zeitungen von der Bevölkerung in Schleswig-Holstein gelesen wurden. So werden vielleicht Einwohner, die im Ring um Hamburg wohnen, zum Teil vorzugsweise Hamburger Tageszeitungen lesen. Bis Anfang der 60er Jahre gab es in Schleswig-Holstein 46 Tageszeitungen, darunter 38 Hauptausgaben und 8 Nebenausgaben. Inzwischen hat sich die Struktur der Ausgaben – vermutlich aus Gründen der Konzentration und der Rationalisierung – erheblich

verändert. Die Zahl der Hauptausgaben ist geschrumpft (1975: 27) und die der Nebenausgaben hat erheblich zugenommen (1975: 25). Die für den Verkauf vorgesehene Auflage der Tageszeitungen insgesamt hat sich in dem beobachteten Zeitraum – zwischen 1958 und 1975 – zwischen 433 000 und 602 000 bewegt. Nach dem Maximum im Jahre 1971 mit über 600 000 Zeitungen lag die Verkaufsaufgabe im Durchschnitt der Jahre 1972 bis 1975 bei etwa einer halben Million Zeitungen. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Verkaufsaufgabe der Tageszeitungen im Bundesgebiet machte im gesamten Beobachtungszeitraum lediglich 2 % bis 3 % aus.

Nahezu 90 % aller Haushalte in Schleswig-Holstein nehmen am Ton-Rundfunk teil. Die Veränderung der Teilnehmerzahl von Jahr zu Jahr ist nicht mehr erheblich. Ein langfristiger Vergleich der Zahl der Ton-Rundfunkteilnehmer wird durch einen methodischen Bruch in der Zeitreihe erschwert, und zwar dadurch, daß bis 1970 alle Genehmigungen gezählt wurden, auch die gebührenfreien und die für Zweitegeräte. Erst in den letzten Jahren werden nur die gebührenpflichtigen Teilnehmer statistisch ausgewiesen. Es läßt sich aber feststellen, daß zum Beispiel 1960 von 687 000 Ton-Rundfunkteilnehmern 26 000 (4 %) keine Gebühren zu zahlen brauchten, das heißt es gab damals etwa 661 000 gebührenpflichtige Teilnehmer. Diese Zahl ist mit den 817 000 Teilnehmern im Jahre 1975 vergleichbar und zeigt, daß sich die Zahl der Ton-Rundfunkteilnehmer in den letzten 15 Jahren in Schleswig-Holstein um ungefähr ein Viertel erhöht hat, obgleich in dieser Zeitspanne ein neues Medium, nämlich der Fernseh-Rundfunk, zunehmend an Bedeutung und Verbreitung gewonnen hat.

Im Jahre 1955 gab es in Schleswig-Holstein 8 000 Fernsehteilnehmer, das heißt nur 1 % der Haushalte hatte eine solche Genehmigung. Inzwischen übersteigt die Zahl der gebührenpflichtigen Teilnehmer am Fernseh-Rundfunk die Grenze von drei Viertel Millionen. 1975 wurde in 80 % aller Haushalte ferngesehen, das ist eine Verbreitungsquote, die der Ton-Rundfunk als konkurrierendes oder ergänzendes Medium – wer kann das entscheiden – in den 50er Jahren erreicht hat.

Jahr	Bücher		Tageszeitungen ²⁾			Ton-Rundfunk			Fernseh-Rundfunk		
	Entleihen aus öffentlichen Büchereien ¹⁾		Hauptausgabe	Nebenausgabe	Verkaufsaufgabe in 1000	Teilnehmer ³⁾					
	in 1000	je 1000 Einwohner				Anzahl	in 1000	je 1000 Einwohner	je 100 Haushaltungen	in 1000	je 1000 Einwohner
1950	1 477	581	.	.	.	461	181
1951	1 860	753	.	.	.	541	219
1952	2 104	875	.	.	.	591	246
1953	2 100	903	.	.	.	589	253	73	.	.	.
1954	2 470	1 082	.	.	.	597	261	76	.	.	.
1955	2 817	1 248	.	.	.	605	268	78	8	4	1
1956	3 078	1 367	.	.	.	613	272	80	21	9	3
1957	3 169	1 400	.	.	.	627	277	82	39	17	5
1958	3 106	1 366	38	8	433	687	293	86	80	35	10
1959	3 130	1 369	38	8	433	689	301	88	143	63	18
1960	2 730	1 185	38	8	446	687	298	87	200	87	25
1961	3 438	1 479	38	8	454	698	300	88	256	110	32
1962	3 629	1 552	40	21	467	716	306	88	322	138	39
1963	3 788	1 609	39	21	474	735	312	89	388	165	47
1964	4 044	1 702	38	15	500	756	318	90	454	191	54
1965	4 054	1 688	39	15	506	773	322	87	511	213	57
1966	4 175	1 720	38	24	509	790	325	87	570	235	63
1967	4 274	1 747	36	24	475	805	329	88	616	252	67
1968	4 353	1 764	36	13	488	826	335	88	669	271	71
1969	4 404	1 770	34	14	472	842	338	89	709	285	75
1970	4 695	1 870	33	24	479	850	339	93	735	293	80
1971	5 190	2 041	33	20	602	813	320	87	726	285	78
1972	5 736	2 237	32	24	509	814	318	87	737	287	79
1973	6 404	2 483	31	22	512	818	317	87	744	288	79
1974	7 136	2 761	29	25	513	813	315	86	747	289	79
1975	7 688	2 977	27	25	485	817	316	86	755	292	80

1) die den Büchereizentralen Flensburg und Rendsburg angeschlossen sind (also ohne die wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes, zum Beispiel Universitätsbibliotheken u. ä.)

2) Es handelt sich um Ergebnisse für einzelne Vierteljahre (1958 bis 1962: 2. Vierteljahr; 1963 bis 1972: 4. Vierteljahr; 1973 und 1974: 3. Vierteljahr)

3) am 1. 12. sowie in den 50er Jahren am 31. 12. – Bis 1970 wurden alle Genehmigungen gezählt, auch die gebührenfreien und die für Zweitegeräte; ab 1971 sind nur die gebührenpflichtigen Teilnehmer erfasst

STATISTISCHE MONATSCHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1978

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
		Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 584	2 583	2 585	2 584	2 583	2 588
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 248	1 205	1 253	1 347	892	1 380	1 420
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,6	5,9	6,1	4,2	6,3	6,7
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 024	2 066	2 142	1 993	1 918	2 020	2 015
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,6	10,1	9,1	9,0	9,2	9,5
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 675	2 449	2 576	2 665	2 518	2 314
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,4	11,5	11,7	12,5	11,5	10,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	38	34	35	37	33	21	22
* je 1 000 Lebendgeborene		18,9	16,3	16,3	18,6	17,2	10,4	10,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 726	- 609	- 307	- 583	- 747	- 498	- 299
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,4	- 2,8	- 1,4	- 2,7	- 3,5	- 2,3	- 1,4
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 329	6 110	5 881	6 873	5 861	7 041
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 764	5 476	6 436	7 083	5 820	6 153
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 565	+ 634	- 555	- 210	+ 41	+ 888
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 770	9 495	10 177	10 264	10 012	12 034
Wanderungsfälle	Anzahl	21 863	21 081	22 494	24 220	21 693	25 228
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		147	98	154	157	149	170
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	47	47	38	44	47	42	40	44	47
darunter *Männer	1 000	27	24	18	20	22	19	18	20	22
Kurzarbeiter	1 000	12	5	1	2	3	1	1	2	3
darunter Männer	1 000	8	3	1	1	2	1	1	2	2
Offene Stellen	1 000	10	9	9	8	7	10	9	8	7
darunter für Männer	1 000	6	6	6	5	5	6	6	6	5
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 ^a	1 560 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	503 ^a	513 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 620 ^a	1 696 ^a	.	.	.	1 857	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	170 ^a	181 ^a	.	.	.	192	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	113 ^a	123 ^a	.	.	.	126	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	36	48	51	47	37	48	53	51
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	212 ^b	223 ^c	235	236	261	246	245	254	244
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	6	6	3	5	12	2	3	5	10
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	26,9	28,0	32,8	33,3	33,4	30,4	33,5	35,0	32,5
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,2	9,4	13,1	13,5	11,8	10,4	13,4	14,3	13,1
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	17,5	18,4	19,4	19,7	21,4	19,7	19,9	20,5	19,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	271	272	277	274	263	280	280	280	271
Kälber	kg	92	95	97	97	97	101	97	102	100
Schweine	kg	85	84	84	85	86	81	82	82	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	489	520	543	441	571	223	112	201	154
*für Legehennenküken	1 000	1 014	1 115	1 185	998	1 107	1 103	1 076	1 051	1 125
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	838	902	904	893	1 002	861	891	906	981
*Milcherzeugung										
1 000 t		186	190	198	131	151	165	133	143	158
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	93	94	94	94	94	95	95	95	95
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,3	7,8	8,3	9,9	10,4	8,6	9,0	10,2

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

- 1) nach dem Ereignisort
 2) nach der Wohngemeinde der Mutter
 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen
 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene
 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren
 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern
 7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1975/76 = 10

c) Winterhalbjahr 1976/77 = 8

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.
Industrie und Handwerk										
Verarbeitende Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	.	164	166	166	165	165	166	166	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	.	117	119	119	118	118	119	119	118
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	.	18 116	19 193	19 076	19 045	15 217	18 091	18 585	18 670
*Löhne (brutto)	Mill. DM	.	224,7	226,5	221,5	279,2	258,1	241,9	234,4	304,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	.	123,7	118,1	117,3	157,4	130,7	129,7	126,3	177,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige ⁹⁾	Mill. DM	874	970	1 066	970
darunter Ausland	Mill. DM	215	235	255	242
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	1 938	2 181	1 993	2 034	1 715	2 090	2 202	2 183
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	.	356	449	331	325	272	311	554	528
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	.	21	14	19	13	5	3	36	39
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. m ³	.	21,5	23,2	19,1	24,8	26,7	28,4	31,7	24,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	.	4,3	4,6	4,4	3,7	3,3	3,5	3,2	3,2
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	.	17,1	18,6	14,8	21,1	23,4	24,9	28,5	21,4
*Heizölverbrauch	1 000 t	.	82	77	93	96	62	74	82	91
*leichtes Heizöl	1 000 t	.	17	13	18	20	10	15	16	19
*schweres Heizöl	1 000 t	.	65	64	75	75	53	59	67	73
*Stromverbrauch	Mill. kWh	.	180	185	200	198	158	182	196	197
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	.	35	31	41	50	28	32	39	46
Index der industriellen Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
*Gesamte Industrie 12)	1970 = 100	112	119	125	127	131
*Bergbau	1970 = 100	74	70	68	64	67
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1970 = 100	106	115	126	125	122
*Investitionsgüterindustrie	1970 = 100	124	125	129	132	139
*Verbrauchsgüterindustrie	1970 = 100	107	115	124	128	133
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1970 = 100	107	117	122	123	130
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1970 = 100
Handwerk (Meßzahlen), ohne handwerkliche Nebenbetriebe										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	89,6	91,7	94,6	.	.	.	98,1	.	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. - D 1970 = 100	141,1	149,8	151,1	.	.	.	168,9	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	295
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	617
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. m ³	6	5	3	5	5	2	3	4	5
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	50 744	51 985	53 934	53 380	52 322	53 541	54 091	54 037	53 324
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 557	6 546	6 215	7 788	7 441	5 373	7 776	7 524	6 802
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 664	2 905	3 582	3 477	3 346	2 219	3 564	3 372	3 102
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 121	1 087	1 218	1 203	1 177	889	1 178	1 152	995
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 535	2 234	2 961	2 668	2 542	2 011	2 640	2 619	2 426
*Löhne (brutto)	Mill. DM	84,0	87,6	109,0	106,1	107,0	83,7	108,5	106,8	111,2
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	12,1	12,9	12,6	12,7	16,0	13,9	13,6	13,5	18,1
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	268,4	295,8	430,9	360,4	395,2	317,1	361,1	354,6	391,4

⁸⁾ wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E 1 I

9) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

10) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/m³

12) ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie

13) 1975 und 1976 ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	721	936	936	805	721	1 136	1 251	1 029	879
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	679	899	895	786	677	1 086	1 219	976	850
*umbauter Raum	1 000 m ³	658	761	766	590	627	963	990	912	718
*Wohnfläche	1 000 m ²	118	134	134	103	111	162	171	156	121
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	168	209	207	153	188	199	193	193
*umbauter Raum	1 000 m ³	689	579	668	610	475	506	506	556	795
*Nutzfläche	1 000 m ²	122	106	127	114	91	98	91	97	144
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 333	1 437	1 466	1 071	1 202	1 734	1 652	1 702	1 305
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	1 634	1 321	564	811	832	723	666	938	1 030
Wohnräume ¹⁴⁾	Anzahl	7 264	6 221	2 694	3 771	4 262	3 464	3 140	3 973	5 065
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	411,7	449,5	465,1	425,2	451,1	339,2	425,6	729,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	52,4	56,3	54,7	63,5	60,4	54,3	70,7	72,4	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	359,3	393,3	410,5	361,7	390,7	284,9	354,9	656,5	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	8,5	9,6	10,6	11,0	12,4	6,5	8,7	9,8	...
*Halbwaren	Mill. DM	33,9	31,6	27,4	35,6	27,1	21,9	32,4	34,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	317,0	352,1	372,5	315,1	351,2	256,4	313,8	611,9	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	23,0	28,7	27,7	29,3	30,8	25,7	27,2	29,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	294,0	323,4	344,8	285,8	320,4	230,7	286,6	582,5	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	166,7	189,8	176,7	175,7	184,8	142,0	190,0	187,4	...
darunter Italien	Mill. DM	18,5	19,5	18,9	21,0	21,7	17,5	18,6	19,4	...
Niederlande	Mill. DM	36,8	36,7	34,5	36,1	38,0	32,4	36,7	50,5	...
Dänemark	Mill. DM	40,5	48,1	51,5	39,3	43,0	34,0	50,4	35,6	...
Großbritannien	Mill. DM	29,5	36,4	23,7	28,7	27,3	23,8	30,0	25,9	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	156,2	172,6	r 166,9	r 172,3	186,8	181,8	184,2	187,1	...
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	152,7	158,8	r 177,0	r 147,0	116,7	257,5	190,3	158,9	...
Fremdenverkehr in 159 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	243	247	285	191	99	516	291	p 193	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	19	22	16	11	33	22	p 17	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 986	2 040	2 328	956	362	6 212	2 296	p 940	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	40	46	34	23	78	45	p 38	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹⁵⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 074	1 103	1 108	1 176	1 239
Güterversand	1 000 t	461	442	457	408	459
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	202	190	171	161	204	199	226	204	192
*Güterversand	1 000 t	244	242	301	278	251	289	241	225	242
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 125	8 861	8 491	8 280	8 093	6 506	8 955	8 943	...
*Personenkraftwagen ¹⁶⁾	Anzahl	123	179	108	57	33	165	110	70	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 326	7 888	7 596	7 471	7 376	5 661	8 016	7 998	...
	Anzahl	293	393	371	378	379	293	373	431	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 365	1 476	1 541	1 374	1 662	1 546	1 614	p 1 602	p 1 720
*Getötete Personen	Anzahl	57	49	39	50	73	65	76	p 64	p 75
*Verletzte Personen	Anzahl	1 808	1 932	2 005	1 757	2 086	2 102	2 098	p 2 093	p 2 220

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

15) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

16) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977				
				Monats- durchschnitt ^{d)}	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen¹⁷⁾											
*Kredite 18) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	28 066	32 062	31 223	31 504	31 695	34 489	34 974	35 255	35 632	
darunter											
*Kredite 18) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	26 542	30 194	29 350	29 631	29 813	32 407	32 904	33 188	35 390	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 056	5 476	5 588	5 627	5 528	5 485	5 810	5 829	5 775	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 929	5 404	5 378	5 412	5 292	5 433	5 769	5 771	5 716	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	127	72	210	216	236	52	41	59	60	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 549	3 159	2 997	3 034	3 070	3 484	3 504	3 521	3 652	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 156	2 707	2 516	2 553	2 613	3 006	3 034	3 061	3 067	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	393	452	481	481	456	478	469	460	584	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 937	21 558	20 764	20 970	21 216	23 438	23 591	23 838	25 963	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 378	17 089	16 555	16 714	16 860	18 418	18 622	18 843	19 091	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 559	4 469	4 209	4 256	4 356	5 020	4 969	4 995	5 021	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	22 147	24 233	23 484	23 657	24 004	25 588	25 553	25 791	26 222	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	11 428	12 528	12 354	12 474	12 769	13 715	13 641	13 794	14 161	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 244	8 046	7 980	8 034	8 297	9 103	9 022	9 196	9 579	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 184	4 483	4 373	4 440	4 472	4 612	4 619	4 598	4 581	
*Spareinlagen	Mill. DM	10 719	11 705	11 131	11 183	11 235	11 873	11 912	11 998	12 062	
*bei Sparkassen	Mill. DM	6 211	6 719	6 415	6 443	6 459	6 765	6 789	6 833	6 864	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	611	589	478	474	549	585	533	514	539	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	439	509	459	423	513	502	495	429	476	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	35	42	21	37	15	25	23	34	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,7	0,3	-	-	1	-	1	1	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	376	285	270	299	270	268	258	
*Wechselsumme	Mill. DM	1,6	1,5	1,4	1,6	1,5	1,2	1,0	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt			3. Vj. 76			3. Vj. 77			
Steueraufkommen nach der Steuerart											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 302,5	1 451,6	1 387,4	.	.	.	1 652,1	.	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	992,7	1 112,3	1 064,8	.	.	.	1 286,4	.	.	
*Lohnsteuer 19)	Mill. DM	655,7	727,3	726,7	.	.	.	793,8	.	.	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	265,4	303,3	274,5	.	.	.	375,4	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	7,1	10,2	10,8	.	.	.	8,7	.	.	
*Körperschaftsteuer 19)	Mill. DM	64,5	71,5	52,8	.	.	.	108,5	.	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	309,8	339,3	322,6	.	.	.	365,7	.	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	217,1	231,4	217,8	.	.	.	262,6	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	92,7	107,9	104,8	.	.	.	103,1	.	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	103,6	121,9	98,2	.	.	.	105,0	.	.	
*Zölle	Mill. DM	0,5	0,8	0,8	.	.	.	0,8	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	91,4	105,8	87,2	.	.	.	96,5	.	.	
*Landessteuern	Mill. DM	95,7	107,7	104,7	.	.	.	112,8	.	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	19,0	20,2	17,9	.	.	.	28,4	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	56,3	60,1	58,7	.	.	.	59,0	.	.	
*Biersteuer	Mill. DM	3,0	3,3	4,3	.	.	.	5,1	.	.	
*Gemeindesteuern ²⁰⁾	Mill. DM	208,7	231,4	236,0	.	.	.	278,7	.	.	
*Grundsteuer A ²¹⁾	Mill. DM	7,0	6,9	7,0	.	.	.	7,1	.	.	
*Grundsteuer B ²¹⁾	Mill. DM	31,4	41,6	44,4	.	.	.	43,7	.	.	
*Gewerbesteuer	Mill. DM	134,2	142,5	142,7	.	.	.	187,6	.	.	
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	134,2	142,5	142,7	.	.	.	187,6	.	.	
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	18,6	19,2	19,5	.	.	.	20,5	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	733,8	826,8	772,5	.	.	.	908,1	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	390,7	443,3	424,3	.	.	.	517,7	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	211,4	234,1	222,6	.	.	.	252,3	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,0	27,5	27,3	.	.	.	33,2	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	767,8	835,8	822,1	.	.	.	979,6	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	463,6	515,0	490,7	.	.	.	593,8	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	180,6	185,6	199,3	.	.	.	239,9	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,0	27,5	27,3	.	.	.	33,2	.	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	293,9	329,6	319,8	.	.	.	366,8	.	.	
*Gewerbesteuer	Mill. DM	78,2	87,8	87,8	.	.	.	121,4	.	.	
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	Mill. DM	78,2	87,8	87,8	.	.	.	121,4	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	141,2	152,9	138,7	.	.	.	154,4	.	.	

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	142,3	151,8	153,4	151,5	151,6	151,8	151,9	150,9	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	136,5	141,7	142,8	142,2	141,8	143,8	143,7	143,5	...
Grundstoffpreise	1970 = 100	137,7	146,8	149,0	148,5	148,3	148,2	148,1	147,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	23) 1970 = 100	135,5	140,8	142,3	142,4	142,1	144,7	144,7	144,6	144,5
landwirtschaftlicher Produkte	23) 1970 = 100	133,2	149,0	149,7	148,3	p 148,1	p 144,5	p 143,7	p 142,5	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	24) 1970 = 100	138,9	143,7	.	.	145,7	152,9
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	23) 1970 = 100	138,7	147,8	149,4	149,3	149,0	p 150,6	151,2	150,1	...
Einzelhandelspreise	1970 = 100	133,9	139,0	139,1	139,4	140,0	144,5	144,5	144,8	145,0
*Preisindex der Lebenshaltung	25) insgesamt 1970 = 100	134,7	140,8	141,4	141,5	141,8	146,9	146,7	146,9	147,1
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	136,4	136,2	136,9	144,5	143,5	143,1	142,9
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	136,3	140,9	141,8	142,6	143,3	147,6	148,6	149,4	150,1
Wohnungsmieten	1970 = 100	133,2	140,0	140,9	141,2	141,6	145,3	145,6	146,0	146,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	165,5	176,4	177,3	177,9	176,3	177,3	177,9	179,0	179,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	131,0	135,5	135,7	136,1	136,6	140,5	140,1	140,8	141,7
Löhne und Gehälter ²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	448	482	.	499	.	.	.	529	.
darunter *Facharbeiter	DM	473	507	.	522	.	.	.	554	.
*weibliche Arbeiter	DM	291	315	.	323	.	.	.	346	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	279	304	.	313	.	.	.	335	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	10,49	11,21	.	11,46	.	.	.	12,24	.
darunter *Facharbeiter	DM	11,00	11,77	.	12,02	.	.	.	12,81	.
*weibliche Arbeiter	DM	7,35	7,84	.	7,94	.	.	.	8,51	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	7,06	7,57	.	7,67	.	.	.	8,23	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,9	.	43,5	.	.	.	43,2	.
weibliche Arbeiter	Std.	39,5	40,1	.	40,7	.	.	.	40,6	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 395	2 555	.	2 599	.	.	.	2 763	.
*weiblich	DM	1 634	1 750	.	1 783	.	.	.	1 915	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 595	2 753	.	2 802	.	.	.	2 986	.
*weiblich	DM	1 603	1 704	.	1 733	.	.	.	1 838	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 093	2 240	.	2 278	.	.	.	2 424	.
*weiblich	DM	1 367	1 480	.	1 504	.	.	.	1 621	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 267	2 255	.	2 258	.	.	.	2 467	.
weiblich	DM	(1 547)	(1 613)	.	(1 654)	.	.	.	(1 717)	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 194	2 341	.	2 382	.	.	.	2 537	.
weiblich	DM	1 440	1 554	.	1 580	.	.	.	1 703	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 564	2 716	.	2 761	.	.	.	2 952	.
weiblich	DM	1 601	1 700	.	1 731	.	.	.	1 834	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

17) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

18) einschließlich durchlaufender Kredite 19) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen 21) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau 25) für alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006	85	385	210	317
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017	75	367	223	333
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336
1975	2 584	5,8	9,4	12,8	- 9	7	994	66	356	219	353
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 009	76	364	222	347

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen			
	Schüler am 20. 9. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt			Netto- inlands- produkt
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962	
								in 1 000	in 1 000		in %
1972	262	61	60	22	43	24	11	28 547	10,1	18 834	21 924
1973	267	66	65	20	42	27	13	31 418	10,1	19 616	24 069
1974	267	72	69	17	38	32	11	33 650 ^a	7,1 ^a	19 789 ^a	25 598 ^a
1975	271	77	73	35 946 ^a	6,6 ^a	19 579 ^a	27 210 ^a
1976	269	83	75	38 812 ^a	8,0 ^a	20 395 ^a	...

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637
1975	1 525	503	1 620	4 280	460	2 763	2 234	4 477	1 853	159	735
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813

Jahr	Verarbeitende Industrie ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch		Produktions- index ⁹⁾ 1970=100		
	insgesamt	Arbeiter				in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM	insgesamt	Auslands- umsatz		Kohle 1 000 t SKE ⁸⁾	Heizöl
	in 1 000		in 1 000 t	in 1 000 t	schwer							
	in 1 000					in 1 000 t						
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	108	63
1973	187	138	267	2 503	1 170	17 234	2 904	332	1 201	952	116	63
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	119	57
1975	177	127	232	2 704	1 464	20 608	4 243	249	978	768	113	52
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	119	54

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 800 Schüler, 1973 rund 1 250 Schüler, 1974 rund 1 600 Schüler, 1975 rund 2 000 Schüler, 1976 rund 2 300 Schüler

3) ohne Ammen- und Mutterschweine

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebieltlichen Versandes, ohne übergebieltlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung); ohne Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie; 1976 vorläufiges Ergebnis

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohle-Einheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger; 1976 einschließlich Fertigteilbau

a) vorläufige Ergebnisse: Stand März 1977

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. August 1977			Bevölkerungsveränderung im August 1977			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1977	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)					
in %								
FLENSBURG	90 612	- 0,1	- 2,4	- 32	- 32	- 64	30 392	27 811
KIEL	256 824	+ 0,0	- 1,2	- 85	133	48	83 312	76 477
LÜBECK	228 474	- 0,1	- 1,1	- 112	- 113	- 225	71 370	64 967
NEUMÜNSTER	83 298	- 0,2	- 1,1	- 19	- 126	- 145	30 078	26 974
Dithmarschen	130 217	+ 0,0	- 0,3	- 48	91	43	53 400	42 156
Hzgt. Lauenburg	152 274	+ 0,0	+ 0,3	- 38	68	30	56 505	48 557
Nordfriesland	161 717	- 0,0	- 0,2	- 19	8	- 11	66 614	53 712
Ostholstein	188 371	+ 0,0	+ 0,4	- 60	68	8	69 613	59 256
Pinneberg	255 284	+ 0,0	+ 0,5	- 2	59	57	97 178	85 506
Plön	114 741	+ 0,1	+ 0,7	17	45	62	47 054	39 496
Rendsburg-Eckernförde	239 838	+ 0,1	+ 0,9	- 52	216	164	94 747	78 740
Schleswig-Flensburg	178 113	- 0,0	+ 0,3	- 12	- 26	- 38	73 940	59 303
Segeberg	199 623	+ 0,1	+ 1,7	18	212	230	84 068	71 997
Steinburg	129 707	+ 0,0	- 0,2	- 28	44	16	51 023	41 580
Stormarn	178 732	+ 0,1	+ 1,7	- 26	241	215	69 804	61 399
Schleswig-Holstein	2 587 825	+ 0,0	+ 0,1	- 498	888	390	979 098	837 931

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitende Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1977 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 10. 1977	Beschäftigte am 31. 10. 1977	Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1977 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	48	8 764	101	58	-	84
KIEL	97	25 668	400	145	4	178
LÜBECK	104	25 132	222	162	6	185
NEUMÜNSTER	50	9 941	68	67	3	76
Dithmarschen	45	5 525	168	94	8	123
Hzgt. Lauenburg	68	7 986	66	93	5	117
Nordfriesland	23	2 566	53	107	5	136
Ostholstein	48	5 022	73	122	3	176
Pinneberg	153	21 081	228	187	10	219
Plön	30	2 337	27	65	2	80
Rendsburg-Eckernförde	80	10 088	119	157	4	212
Schleswig-Flensburg	43	4 261	87	106	6	155
Segeberg	126	13 282	152	143	3	197
Steinburg	70	9 892	156	105	10	139
Stormarn	103	14 433	283	109	6	143
Schleswig-Holstein	1 088	165 978	2 202	1 720	75	2 220

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 8. 1977

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1977			Offene Stellen am 31. 10. 1977 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1977			* Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 8. 1977	Rindvieh am 3. 6. 1977	
		VZ 1970	30. 6. 1976						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 587	+ 3,7	+ 0,1	8	143	94,7	9,0	1 857	1 618	501
Hamburg	1 688	- 5,9	- 1,1	8	1	87,4	9,0	13	16	4
Niedersachsen	7 226	+ 2,0	- 0,1	20	283	90,5	8,9	6 701	3 270	1 052
Bremen	707	- 2,2	- 1,0	3	1	80,7	7,9	7	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 049	+ 0,8	- 0,2	58	206	94,5	10,2	5 014	1 861	638
Hessen	5 538	+ 2,9	- 0,0	22	98	86,9	10,3	1 439	886	301
Rheinland-Pfalz	3 645	- 0,0	- 0,3	11	68	91,5	9,5	682	698	241
Baden-Württemberg	9 121	+ 2,5	- 0,1	44	214	83,5	10,0	2 186	1 856	701
Bayern	10 812	+ 3,2	+ 0,1	37	607	91,5	10,2	4 304	4 796	1 962
Saarland	1 086	- 3,0	- 0,7	2	8	85,3	10,4	52	71	26
Berlin (West)	1 937	- 8,7	- 1,5	8	0	24,3	16,0	8	1	0
Bundesgebiet	61 396	+ 1,2	- 0,2	220	1 631	90,6	9,8	22 261	15 193	5 431

Land	Verarbeitende Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁵⁾		Wohnungswesen im August 1977			
	Beschäftigte ³⁾ am 30. 9. 1977 in 1 000	Umsatz ²⁾³⁾ im September 1977		Produktions- index 4) (1970 = 100) im Sept. 1977	Beschäftigte am 31. 8. 1977		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		MILL. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	166	2 090	14,9	...	50	19	1 734	6,7	723	2,8
Hamburg	161	3 889	14,4	387	2,3	433	2,6
Niedersachsen	879	8 925	26,7	...	146	20	4 215	5,8	2 244	3,1
Bremen	89	1 359	21,9	...	15	21	219	3,1	98	1,4
Nordrhein-Westfalen	2 224	25 353	24,4	...	278	16	7 342	4,3	5 257	3,1
Hessen	638	7 035	24,3	p 110,9	100	18	2 344	4,2	2 271	4,1
Rheinland-Pfalz	361	4 642	29,6	126	66	18	2 325	6,4	803	2,2
Baden-Württemberg	1 397	14 445	24,6	...	173	19	5 685	6,2	3 679	4,0
Bayern	1 266	13 069	27,2	122,7	241	22	6 586	6,1	2 980	2,8
Saarland	149	1 263	27,6	127,9	17	16	414	3,8	241	2,2
Berlin (West)	184	1 819	13,0	...	32	17	916	4,7	1 146	5,9
Bundesgebiet	7 313	83 890	24,4	115,5	32 167	5,2	19 875	3,2

Land	*Kfz-Bestand ⁶⁾ am 1. Juli 1977			Straßenverkehrsunfälle ⁸⁾ mit Personenschäden im September 1977				Bestand an Spar- einlagen ⁹⁾ am 30. 9. 1977 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen						
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁷⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		im 2. Vierteljahr 1977	des Landes	des Bundes	der Gemeinden			
		Anzahl	je 1 000 Einwohner										in DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	979	838	324	1 614	76	2 098	135	4 605	340	316	136				
Hamburg	572	521	309	912	18	1 166	130	7 989	647	2 598	270				
Niedersachsen	2 781	2 355	326	4 117	198	5 617	141	5 621	340	369	148				
Bremen	239	217	307	485	5	556	116	6 222	408	991	209				
Nordrhein-Westfalen	6 083	5 459	320	8 379	267	10 849	133	6 325	379	619	171				
Hessen	2 206	1 914	346	2 899	104	3 790	134	6 924	420	538	169				
Rheinland-Pfalz	1 461	1 220	335	2 071	88	2 794	139	6 197	332	371	141				
Baden-Württemberg	3 628	3 068	339	4 985	243	6 813	142	6 851	411	557	173				
Bayern	4 307	3 494	323	5 967	280	8 437	146	7 151	373	433	150				
Saarland	392	352	324	610	28	805	137	5 546	338	348	134				
Berlin (West)	574	521	269	1 286	20	1 571	124	6 060	259	774	138				
Bundesgebiet	23 309 ^a	20 020 ^a	326	33 325	1 327	44 496	138	6 446	381	572	163				

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung
 und ohne Bauindustrie 2) ohne Umsatzsteuer 3) vorläufige Ergebnisse
 4) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 5) vorläufige Werte ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe
 6) ohne Bundespost und Bundesbahn 7) einschließlich Kombinationskraftwagen
 8) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 9) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn
 Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen: Tätige Personen und Umsatz in der verarbeitenden Industrie, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe.

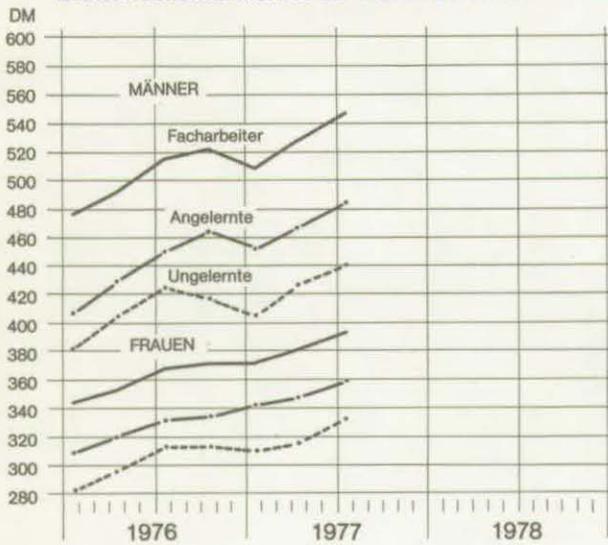
Bevölkerung



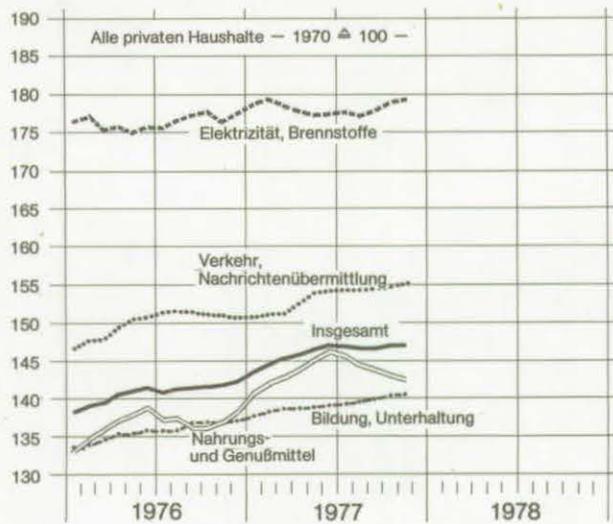
Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung



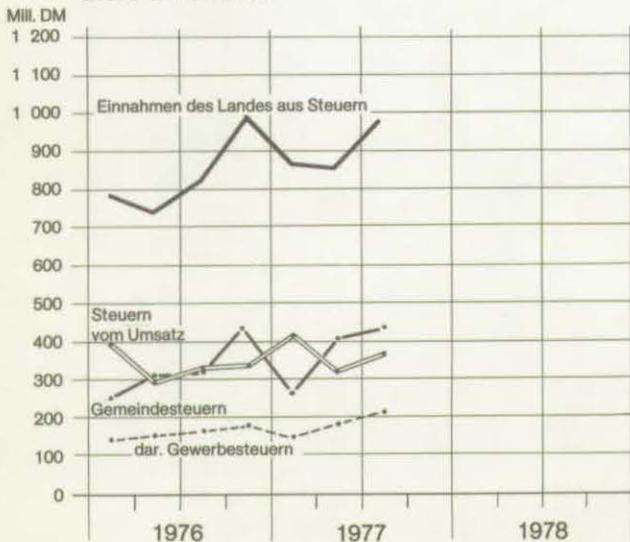
Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



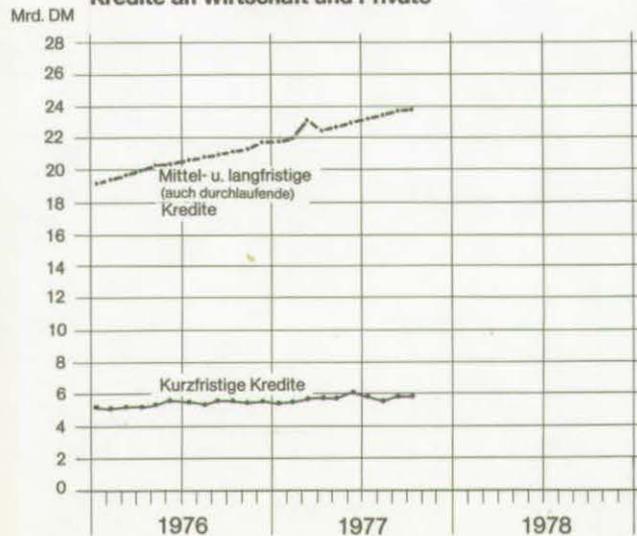
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

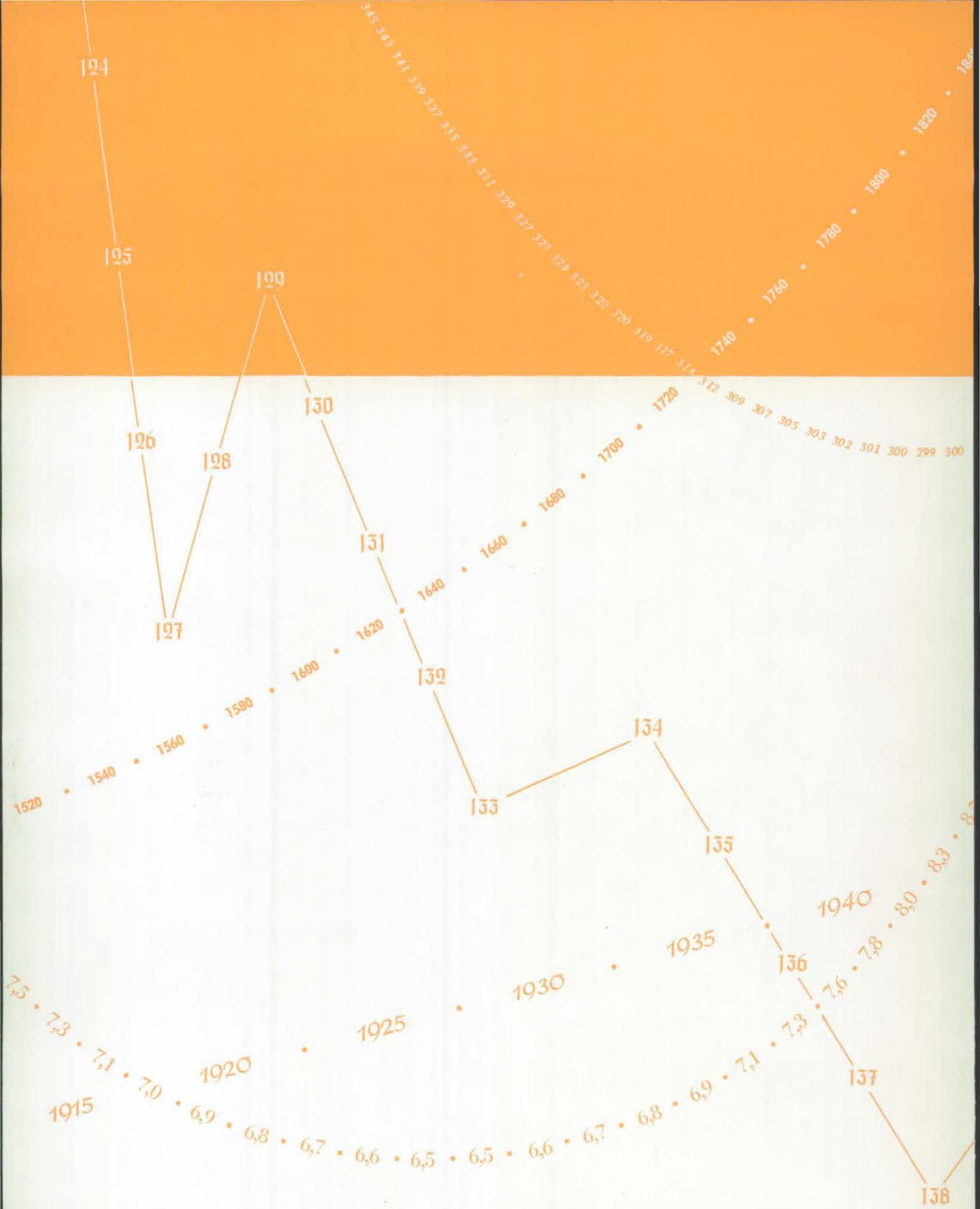


Steueraufkommen



Kredite an Wirtschaft und Private





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41
 Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen